Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 48
29. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Entschuldigung?

Massiv forderte die Bundesregierung eine Entschuldigung der IG Metall für die Losung „Die Nazis haben die Gewerkschaften zerschlagen, diese Regierung will sie ausbluten". Sekundiert wurde ihr dabei heftigst von IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe, der seine Unterstützung für die IGM-Kampagne von einer solchen Entschuldigung abhängig machte. Hans Mayr fand denn auch dementsprechend erste Worte.

Rappe wie Blüm argumentieren wie gehabt: Dies sei eine demokratisch gewählte Regierung, sie dürfe nicht mit den Nazis in einem Atemzug genannt werden.

Nun: Natürlich geht es nicht darum, diese Regierung als faschistisch zu bezeichnen. Es geht aber um folgende Sache: Diese Regierung sucht die Konfrontation zu den Gewerkschaften. Sie sucht sie in ihrer Streikfähigkeit entscheidend zu behindern, sie finanziell auszubluten, wie es auf dem IGM-Flugblatt stand. Daß dies etwas mit der Zerschlagung gemein hat, dürfte unbestritten sein, von daher bietet sich eine historische Parallele geradezu an.

Es kann sich also für die Gewerkschaftsbewegung nicht darum handeln, irgendwelche angeblich bestehenden Spielregeln nicht zu verletzen, sondern es kann nur darum gehen, Front gegen diesen Angriff zu machen — mit allen Mitteln, die dazu nötig sind.

Daß gerade ein Hermann Rappe hier in einem Atemzug mit Norbert Blüm argumentiert, darf nicht überraschen. Vom gewerkschaftlichen Grundmittel Streik dürften beide in etwa dasselbe halten. Mit einer Reduzierung auf die Rolle von Betriebsgewerkschaften wäre ein Rappe schon einverstanden, vorausgesetzt seine eigene Position würde dabei nicht untergraben.

Es gibt also keinerlei Grund für eine Entschuldigung.

Die Genfer Gipfel Show blieb ohne Ergebnisse

Gipfel vorbei — Aufrüstung bleibt

Das allseitige Bemühen ist groß: Die Atmosphäre habe sich verändert, die Menschen vielleicht, sogar ein sechstrangiges Luftabkommen wird bemüht, um an angebliche Ergebnisse des Genfer Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow darzustellen. In Wirklichkeit gibt es keine Ergebnisse, die Aufrüstung geht überall weiter.



Natürlich bemühte sich auch die Bonner Politprominenz intensiv darum, ihre guten Hoffnungen, die sie aus dem Treffen geschöpft haben will, zu verbreiten.

Das Treffen der mächtigsten Männer der beiden größten Militärmächte der Erde erbrachte — wie von kritischen Betrachtern von vornherein erwartet — auch nicht die Andeutung eines Fortschritts im Sinne der Sicherung des Friedens.

Alle Appelle, die nach Genf dirigiert wurden, erwiesen sich als wirkungslos, etwaige darauf gesetzte tatsächliche Hoffnungen wurden enttäuscht. Diese Null unterm Strich dieses Gipfeltreffens ist ein neuer Beweis dafür, daß die Sicherung des Friedens nicht von einem solchen Weg zu erwarten ist. Der Weg zur Sicherung des Friedens ist der Friedenskampf möglichst breiter Volksbewegungen gegen die Absichten ihrer jeweiligen Regierungen in den verschiedensten Staaten.

Die Alternative zu verfehlten Hoffnungen auf Treffen à la Genf ist der konsequente Kampf um einseitige Abrüstung — was uns betrifft in der BRD.

Es ist zentral der Kampf gegen die entscheidenden Projekte weiterer Aufrüstung, es ist aber auch die ganze Palette des Kampfes gegen die Militarisierung, vom Geschäft mit dem Tod, das die Konzerne betreiben, bis zu den Erlassen, die Wörner zur Freude der Militaristen herausbringt.

Südafrika

Massenmorden geht weiter

Die seit dem Sommer anhaltenden Kämpfe in Südafrika gehen mit unverminderter Härte weiter. Das unter Druck stehende Rassistenregime hat in der vergangenen Woche einen traurigen, einen blutigen Rekord aufgestellt. Allein in einer Woche wurden von der Polizei und dem Militär der weißen Herrschenden über 50 Menschen umgebracht.

Die größten Kämpfe gab es in der letzten Woche im schwarzen Vorort Mamelodi in der Nähe Pretorias. Über 50000 Menschen hatten sich vor dem Rathaus von Mamelodi versammelt, um gegen die Einschränkungen zu demonstrieren, die das Regime sogar für die Trauerfeiern erlassen hatte, die die Schwarzen für die Opfer des Rassistenterrors organisierten. So ist die Teilnehmerzahl für Beerdigungen vom Staat begrenzt worden, am Wochenende dürfen sie gar nicht mehr stattfinden. Dagegen und gegen Mieterhöhungen in ihrer Vorstadt protestierten die Menschen, als die weiße Polizei mit scharfer Munition in die Menge schoß.

Nach ersten Meldungen wurden mindestens 13 Schwarze erschossen, Zeitungen bezifferten die Verletzten auf einige hundert. Allein ein Krankenhaus in Pretoria mußte 29 Opfer von Schußverletzungen durch die Polizei versorgen. Journalisten wurde verboten, in der Vorstadt zu recherchieren — die neuen Anweisungen der Regierung verbieten das.

Der seit über 20 Jahren eingekerkerte Führer der Widerstandsbewegung ANC, Nelson Mandela, ist nach einem Krankenhausaufenthalt wieder in ein Gefängnis gebracht worden. Gerüchte, wonach er freigelassen und ins Ausland abgeschoben werden sollte, haben sich nicht bewahrheitet. Das Botha-Regime ist in keiner Weise kompromißbereit — es muß gezwungen werden, es muß bezwungen werden!



Nach fast fünfjähriger Haft

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt frei

Am Mittwoch, 20. 11. 85, sind Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt im Notaufnahmelager in Gießen angekommen. Nach vier Jahren und acht Monaten Haft in der DDR!

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt waren im März 1981 von der Staatssicherheit verhaftet worden. Nach mehr als einjähriger Untersuchungshaft wurden sie im Juni bzw. Juli 1982 zu acht Jahren Haft verurteilt. Begründung: staatsfeindliche Hetze. Diese sogenannte staatsfeindliche Hetze bestand darin, daß sie sich in Artikeln und Flugschriften mit den Streiks in Polen solidarisiert, gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts protestiert und überhaupt das Gesellschaftssystem in der DDR als pseudosozialistisch kritisiert hatten. Das besondere Ärgernis für das Honecker-Regime war, daß hier — u. a. über den illegal in der DDR erschienenen Roten Morgen/Ausgabe DDR — von links, von sozialistischen Positionen her Kritik geübt wurde. Mit dem auch für DDR-Verhältnisse ungewöhnlich hohen Urteil von acht Jahren sollte diese Opposition zum Schweigen gebracht werden.

Manfred Wilhelm wurde nach seiner Verurteilung in Brandenburg inhaftiert, Andreas Bortfeldt in Bautzen. Bautzen II ist ein Gefängnis, in dem viele Gefangene sind, die aus politischen Gründen verurteilt wurden. In Brandenburg dagegen sind vor allem sogenannte Schwerverbrecher, Gefangene, die wegen Mord und ähnlichen Delikten verurteilt wurden. Ein Umstand, der für Manfred Wilhelm die Haftbedingungen zusätzlich erschwerte — oft bis an die Grenzen der Erträglichkeit.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt haben uns gebeten, an dieser Stelle allen, die sich in irgendeiner Weise für ihre Freilassung eingesetzt haben, ein erstes Danke-schön zu sagen. Dem schließen wir uns selbstverständlich an. Vor allem möchten wir aber an dieser Stelle sagen, wie sehr wir uns freuen, daß für Euch beide, Manfred und Andreas, diese Jahre der Haft endlich vorüber sind. Wir wünschen Euch und Euren Angehörigen für das Leben hier alles Gute.

(Einen Überblick über die Aktivitäten, die im In- und Ausland in den letzten Jahren zur Unterstützung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt stattgefunden haben, bringen wir auf Seite 3.)

Das neueste Gutachten des Sachverständigenrates:

h. c. Regierungs „causa"?

Die — noch — vier „Weisen", die in der letzten Woche wieder einmal ein Jahresgutachten des Sachverständigenrates vorlegten, sollten eigentlich einen Ehrendoktor bekommen — für Regierungspropaganda. Plumper und platter ist es selbst in den bisherigen Gutachten noch kaum geschehen, daß für eine Regierungspolitik Propaganda gedroschen wurde — das erscheint Jahr für Jahr steigerungsfähig.

„Alles in Butter", so läßt sich die Bilanz des diesjährigen Gutachtens leicht zusammenfassen. Solche bescheidenen Einwände wie die, daß buchstäblich nichts von ihren letztjährigen Prognosen eingetroffen ist vermag diese Wortkünstler auch nicht ansatzweise zu erschüttern, sie prophezeien munter weiter das Blaue vom Himmel herunter.

„Alles in Butter" - der Grund liegt für sie hauptsächlich im Absenken der Lohnstückkosten, in der dadurch entstandenen besseren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, sowie den gesunkenen Preissteigerungsraten.

Obzwar auch die Ratsmitglieder vor Jahren regelmäßig behauptet hatten, eine solche Senkung der Lohnstückkosten werde zu mehr Beschäftigung führen ist dies für die neokonservativen Ideologen faktisch kein Thema.

Die Beschäftigung könne im nächsten Jahr bestenfalls um 300000 ansteigen, was aber wegen der wachsenden Zahl der Arbeitskräfte nicht zu einer Senkung der Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen führen werde. Eine solche Senkung halten die Gutachter auch für den Rest der 80er Jahre für wenig wahrscheinlich — durchschnittliche Zahlen von über 2 Millionen für den Rest der 80er Jahre sind in diesem Gutachten feste Größen. Auch für den Rest des Jahrtausends werden diesbezüglich wenig rosige Voraussagen gemacht — was diese Leute aber nicht daran hindert, ganz im Sinne ihrer Auftraggeber die Ergebnisse der Regierungspolitik loben zu erwähnen.

Über den bloßen Propagandawert geht im wesentlichen nur eine Passage des vorgelegten Gutachtens hinaus.

Es handelt sich um die Passage, die der gesetzlichen Krankenversicherung gewidmet ist.

Nur wenige Tage nach Blüms dunklen Andeutungen (und Teuerungsabsprachen) für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl haben die Gutachter einen relativ ausgearbeiteten Vorschlag für eine sogenannte Reform.

Die großartige Lösung dieser Koryphäen der Wissenschaft: Einfach nach dem Muster der privaten Krankenversicherung umorganisieren.

Was mit anderen Worten nichts anderes heißt, als die Abschaffung der gesetzlichen Versicherung zu propagieren. In dieser krassen Form jetzt öffentlich gesagt ging dies natürlich den bereits für die Wahl taktierenden Vertretern des Blümschen Ministeriums zu weit die kritisierten, dies würde ja die Abschaffung einer wirklichen Versicherung für die ärmeren Schichten bedeuten. Was in der Tat stimmt.

Und zeigt welche politische Haltung diese Gutachter haben, falls dies noch irgendjemandem fraglich gewesen sein sollte. Aber auch, was für Pläne noch in diversen Schubladen liegen.

Aushilfskräfte bezahlt

CDU-Funktionäre auf der Lohnliste

In der Provinz ist alles etwas grober: Die Erkenntnisse des Stuttgarter Untersuchungsausschusses zur sogenannten Parteispendenaffäre mögen zwar bewußt behindert werden — was ans Tageslicht kommt, reicht dennoch aus, ein Bild zu schaffen. CDU-Funktionäre direkt auf der Lohnliste von Unternehmerverbänden, so lautet die jüngste Nachricht.

Der ehemalige Geschäftsführer der CDU Nordbadens Albert Keuler sagte vor dem Ausschuß aus, er selbst (als Bezirksgeschäftsführer) und zehn nordbadische Kreisgeschäftsführer seiner Partei seien in den 60er Jahren als Teilzeitkräfte vom „Verband für gesunde Wirtschaftsstrukturen Nordbadens" bezahlt worden.

Der Verband mit dem eindeutigen Namen hatte zur Aufgabe die Vorzüge der Marktwirtschaft auszumalen — sein Büro befand sich in den Räumen der CDU-Geschäftsstelle — eine eigene Tätigkeit war da nicht mehr nötig. Die elf Kräfte des Verbandes erhielten monatlich 500 DM als Zuschuß zu ihren Parteigehältern. Offiziell waren sie Geschäftsführer dieses Verbandes.

Kurz: Die Konzerne schaffen sich einen Verband, der bezahlt seine Leute und die wirken dementsprechend in der CDU. Diese Art direkte Bezahlung von Parteifunktionären durch die Unternehmer ist bisher einzigartig.

Zwar sagte Keuler aus, diese Art von Bezahlung sei 1968 — nach einer Rüge durch die Finanzverwaltung — eingestellt worden, was aber noch nichts aussagt über ihre Fortführung unter anderen Umständen. Daß der Verein außerdem eine Spendenwaschanlage war, vermochte Keuler nur schwach zu widerlegen. Daß diesem Verein alle bekannten größeren Konzerne der Region Nordbaden angehören ist eine nur am Rande zu erwähnende Selbstverständlichkeit.

Die bisherigen Enthüllungen der Affären in Bonn, Mainz und Stuttgart hatten ja bereits ergeben, daß die Finanzen der FDP grundsätzlich und immer auf den Spenden der Konzerne aufbauten, daß diese Partei keinen Tag ohne solche Spenden überleben könnte. Sie hatten ebenfalls ergeben, daß die CDU mit Abstand das meiste Geld erhalten hatte — aber daß Parteifunktionäre der CDU direkt im Sold der Konzerne stehen war bisher nur von einer Reihe von Hausabgeordneten im Bundestag bekannt gewesen. Und: Es ist offensichtlich ein Fakt, der zur gesamten Geschichte der BRD gehört, denn die verschiedenen Ereignisse ziehen sich ja von den 50er bis zu den 80er Jahren hin.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Besuch des türkischen Verfassungsgerichts beim BVG

Richter und ihre Wahlfreundschaften

Prominenter Besuch für das Bundesverfassungsgericht und seinen Präsidenten Wolfgang Zeidler in der letzten Woche: Eine Delegation des Verfassungsgerichtshofes aus Ankara unter Leitung ihres Präsidenten Özmert weilte in Karlsruhe. Gegenbesuch zu einer Reise im August.

Jeder sucht sich seine Freunde selber, die Mehrheit der Richter am BVG haben ihre gefunden. Freunde aus einem Gericht, das alle blutigen Verbrechen der Militärdiktatur ebenso gebilligt hat wie ihre Fortsetzung unter angeblich ziviler Herrschaft des nun zum Staatspräsidenten aufgestiegenen Putschgenerals Kenan Evren.

Ein freundschaftlicher Besuch einer zutiefst und offen reaktionären Institution bei „Berufskollegen" usw. in der BRD — das ist keine Neuheit. Bisher sorgten meist Bundeswehr oder Polizei (bzw. ihre obersten Dienstherren) für entsprechende Schlagzeilen.

Die besondere Brisanz liegt — neben dem demonstrativen Charakter des freundschaftlichen Empfangs für Richtertypen à la Roland Freisler — unter anderem in der Rechtsprechung zu Asylfragen. Hier wäre schließlich das BVG allerletzte Instanz. Was von der Sache her eigentlich jeden Befangenheitsantrag rechtfertigen müßte. Nur hindert das ja weder Bonn noch Karlsruhe an seinen Praktiken.

Bereits bei den ersten sogenannten „Fachgesprächen" im August hatten die türkischen Faschistenrichter klargemacht, daß sie mit Worten wie Folter oder Mord erst gar nicht behelligt werden wollten — damals wie jetzt hielten sich die Mitglieder des höchsten Gerichts der BRD treulich an diesen Wunsch ihrer Freunde.

Kommentar

Die nächste Feier

Nur 12 von 979 stimmberechtigten Delegierten wählten ihn nicht zum Vorsitzenden der CSU. Franz Josef Strauß wollte ein solches Wahlergebnis unbedingt nach der politischen Schlappe, die er im Juli 83 aufgrund des Milliardengeschäfts mit der DDR hatte hinnehmen müssen. Alle seine Adlaten machten sich für ein möglichst einstimmiges Wahlergebnis stark. Sein persönliches Wahlergebnis ist aber bei weitem nicht nur Zeichen dafür, daß er seine Partei — erst recht nach den royalistischen Feierlichkeiten seines 70. Geburtstages — wieder voll im Griff hat. Es ist auch Ausdruck dafür, daß entgegen vieler Berichte, der Wahlkampf 87 nun auch von der CSU voll angenommenist.

Den verschiedenen Reden des CSU-Vorsitzenden wie dem gesamten Verlauf des Parteitages war gemein, daß sie vor allem Gemeinsamkeit mit der Bonner Regierung, mit allen Koalitionsparteien, selbst der FDP, demonstrierten. Der „Bayernkurier" hatte das alte Wort von der „Kampfgemeinschaft" mit der CDU wiederbelebt und genau dieses sollte demonstriert werden.

In allen wesentlichen Punkten wurde Einheit mit Kohl demonstriert, der vorsorglich ferngeblieben war, um diesen Eindruck nicht zu verwischen. Dabei wurde ganz offen die Forderung vorgetragen, das Gewicht der CSU (das man erst nach den Wahlschlappen der CDU im Frühjahr ausreichend gewürdigt sieht) müsse auch in einer künftigen Regierung mindestens so stark sein wie in diesen Monaten. Das Bild von der „erfolgreichsten politischen Partei der deutschen Geschichte" wurde zu diesem Zweck farbschillernd ausgemalt. Daß es Franz Josef Strauß war, der entscheidenden Anteil daran hatte, daß Bayern zum Zentrum sowohl der Rüstungsindustrie als auch der Atomindustrie in der BRD wurde, ist integraler Bestandteil dieser Argumentation.

Diesen Wahlkampfzwecken wurden auch die Forderungen der reaktionärsten Kerntruppen geopfert, die sich vor allem in der Frage der Abtreibung organisiert hatten und dem Parteitag eine Debatte aufzwangen. Dabei wurde deutlich, daß die CSU-Führung diese Haltung durchaus teilt, nur heute, aus taktischen Erwägungen, eben nicht den geforderten Alleingang unternehmen will. Wenn einer der Parteitagsredner in diesem Zusammenhang die neue Bonner Familienministerin Süßmuth so einordnet, daß sie eher „in eine sozialistische Regierung" passen würde, dann zeigt dies wohl genug, wes Geistes Kinder da am Debattieren waren. Mobilisiert nicht zuletzt und gerade in Bayern, von der katholischen Kirchenhierarchie.

So gerüstet kann die nächste Feier kommen: Das 25. Jahr des Vorsitzenden in seinem Amte naht im nächsten Frühjahr — ein Jahr pausenlose (und weitgehend kostenlose) Wahlwerbung für den größten Reaktionär der politischen Szene der BRD geht weiter.

Ins Rampenlicht

Kaum hatte ihn der „Spiegel" als Graue Eminenz der Westberliner CDU einer größeren bundesdeutschen Öffentlichkeit vorgestellt, da trat er auch schon ins Rampenlicht.

Die Rede ist von Klaus Landowsky, dem neuen Generalsekretär der Westberliner CDU, auf dem Parteitag am letzten Wochenende gewählt. Der Finanzjongleur und Häusermakler war als „starker Mann" hinter Diepgen bei den verschiedenen Skandalen seit der letzten Senatswahl in Erscheinung getreten.

Und auf diesem Parteitag machte Landowsky auch sofort klar, wo er innerhalb der CDU steht. Bei einer Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Westberliner Jungen Union mit Faschisten (eine seit langem bekannte Tatsache, daß dies gerade in Westberlin besonders extrem der Fal ist) beschuldigte er diejenigen, die dieses Thema aufgegriffen hatten, als Miesmacher in der Partei.

Mit anderen Worten: Der neue Generalsekretär deckt bei seinem ersten offiziellen Auftritt das Treiben der Faschisten in der JU. Was nichts anderes ist als die politische Konsequenz aus den verschiedenen jüngsten Bauskandalen und Rangeleien um die öffentlichen Medien, die die CDU nach ihrem hohen Wahlsieg sich leisten konnte.

Nach der Freilassung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt

Ein Blick zurück

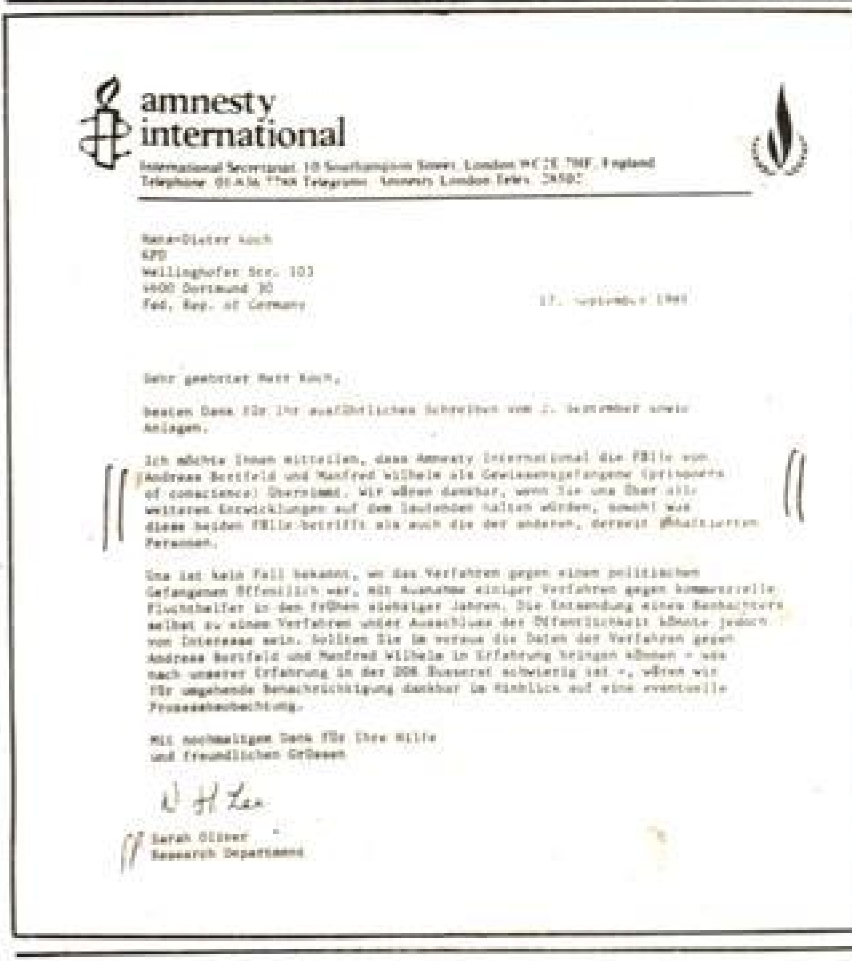
Es hätte sicher mehr sein können. Aber einiges ist immerhin geschehen an aktiver, öffentlicher Solidarität. Und daran möchten wir anläßlich der Freilassung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt mit einem kurzen Rückblick, der zugleich ein Danke an alle Beteiligten sein soll, kurz erinnern.

Es gab selbstverständlich Solidarität von Genossinnen und Genossen der Partei, die sich an Unterschriftensammlungen und verschiedenen Aktionen beteiligt haben. Darüber hinaus gab es aber auch solidarisches Engagement von sehr vielen Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Auffassungen. Sie haben sich zum Teil öffentlich eingesetzt, indem sie z. B. den Appell der Angehörigen an den Ministerrat der DDR unterzeichnet haben. Darüber hinaus gab es aber auch sehr viele, die sozusagen im Stillen versucht haben zu helfen.

Außer der Solidarität in der Bundesrepublik gab es auch Solidarität im Ausland. Hier sind insbesondere die Aktivitäten von amnesty international zu erwähnen. Außerdem wurde z.B. in Schweden, Dänemark, England, Italien und Japan am 1.10.81 vor den Botschaften der DDR protestiert. Portugiesische Parlamentsabgeordnete der UDP übergaben in der Botschaft der DDR eine Protestnote. Und auch den Appell der Angehörigen an den Ministerrat der DDR unterschrieben sehr viele Menschen aus anderen Ländern.

Alles, was geschehen ist, können wir auf dieser Seite nicht darstellen. Deshalb möchten wir abschließend noch einmal allen, die sich — in welcher Form auch immer — engagiert haben, bedanken.





amnesty international

International Secretariat 10 Southampton Street London WC2E 7HF England
Telephone 01-836 7788 Telegrams Amnesty London Telex 28502

Hans-Dieter Koch
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
Fed. Rep. of Germany

17. September 1981

Sehr geehrter Herr Koch,

besten Dank für Ihr ausführliches Schreiben vom 2. September und Anlagen.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass Amnesty International die Fälle von Andreas Bortfeld und Manfred Wilhelm als Gewissensgefangene (prisoners of conscience) übernimmt. Wir wären dankbar, wenn Sie uns über alle weiteren Entwicklungen auf dem laufenden halten würden, sowohl was diese beiden Fälle betrifft als auch die der anderen, derzeit inhaftierten Personen.

Uns ist kein Fall bekannt, wo das Verfahren gegen einen politischen Gefangenen öffentlich war, mit Ausnahme einiger Verfahren gegen kommerzielle Fluchthelfer in den frühen siebziger Jahren. Die Entsendung eines Beobachters selbst zu einem Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit könnte jedoch von Interesse sein. Sollten Sie im voraus die Daten der Verfahren gegen Andreas Bortfeld und Manfred Wilhelm in Erfahrung bringen können – was nach unserer Erfahrung in der DDR äusserst schwierig ist –, wären wir für umgehende Benachrichtigung dankbar im Hinblick auf eine eventuelle Prozessbeobachtung.

Mit nochmaligem Dank für Ihre Hilfe und freundlichen Grüssen

Sarah Oliver
Research Department

ai solidarisch

Praktisch von Anfang an solidarisierte sich amnesty international mit Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt. Gruppen in Belgien, Irland, USA und Schweden betreuten jeweils einen der beiden als „prisoner of conscience" (Gewissensgefangenen).

Das Internationale Sekretariat versuchte, einen Beobachter zu den Prozessen zu entsenden — allerdings vergeblich. Die ai-Gruppen, die die beiden betreuten, schrieben zahllose Briefe an die Behörden der DDR und an die Gefangenen selbst, ohne jemals eine Antwort zu bekommen.

Appell an den Ministerrat

Nach der Verurteilung von Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm begannen Angehörige, die in der Bundesrepublik leben, Unterschriften für einen Appell an den Ministerrat der DDR zu sammeln. Dieser Appell wurde u.a. unterzeichnet von Heinrich Albertz, Heinrich Böll, Ingeborg Drewitz, Prof. Flechtheim, Max Frisch, Günter Grass, Prof. Küng, Dorothe Sölle, Martin Walser, Günter Zint. Insgesamt setzten sich weit über tausend Menschen mit ihrer Unterschrift unter diesen Appell für die Freilassung von Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm ein.

Den

APPELL

der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt

AN DEN MINISTERRAT DER DDR

haben unterschrieben:
Prof. Dr. H.G. Adler, Heinrich Albertz, Heinrich Böll, Ingeborg Drewitz, Hanns Magnus Enzensberger, Prof.Dr.Ossip Flechtheim, Max Frisch, Günter Grass, Prof.Dr.Urs Jaeggi, Prof.Dr.Hans Küng, Prof.Dr.Harry Pross, Heinrich Schirmbeck, Dorothee Sölle, Gerd Sowka, Martin Walser, Günter Zint und über tausend andere,u.a.:



Am 21.11.1982 führte das Solidaritätskomitee eine Aktion auf dem Alexanderplatz in Ostberlin durch. Die Aktion fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem Leonid Breschnew sich zu einem Staatsbesuch in Bonn aufhielt.

Vier Mitglieder des Solidaritätskomitees, drei Männer und eine Frau, ketteten sich auf dem Alex an, ein fünfter warf gleichzeitig Dünndruck-Flugblätter von der Balustrade eines Kaufhauses. Während der fünfte entkommen konnte, wurden die vier verhaftet, stundenlang verhört und schließlich zu sechs Monaten Gefängnis wegen „schweren Rowdytums" verurteilt. Gleichzeitig mit dem Urteil, das bereits am 23.11.82 verkündet wurde, wurde ihnen allerdings auch ihre Ausweisung aus der DDR mitgeteilt. Offensichtlich wollte man die vier so schnell wie möglich wieder loswerden. (Siehe linkes Bild)

Am 22.11.82 fand in Bonn, im Anschluß an eine Demonstration gegen Breschnew, eine Kundgebung vor der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik statt, an der sich rund 500 Menschen beteiligten. Die Kundgebungsteilnehmer forderten die Freilassung der vier vom Alex und — vor allem natürlich — die Anerkennung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt als politische Gefangene und ihre Freilassung. (Siehe rechtes Bild).

Außer dieser Aktion führte das Solidaritätskomitee vor und nach der Verurteilung zahlreiche andere Aktivitäten durch: es fanden verschiedene kleinere Protestaktionen vor der Ständigen Vertretung statt; es wurde eine Unterschriftensammlung bei der ersten großen Friedensdemo am 10.10.81 durchgeführt, bei der fast 3000 Unterschriften zusammenkamen; in Bonn und in Westberlin wurden Hungerstreiks durchgeführt, um auf die politische Häftlinge aufmerksam zu machen und um dagegen zu protestieren, daß die Behörden der DDR sich schlichtweg weigerten, die gesammelten Unterschriften entgegenzunehmen usw. usf.

HDW-Übernahme durch Blohm & Voss?

Hunderte von Entlassung bedroht

Eine Nacht- und Nebelaktion sollte es werden, der Verkauf der Hamburger HDW an die „benachbarte" Werft Blohm & Voss. Erst am Donnerstag letzter Woche flatterte den Belegschaftsvertretern ein kurzer Brief auf den Tisch mit der entsprechenden Information — einen Tag später sollte es bereits über die Bühne gehen. Nur der Boykott der Aufsichtsratssitzung durch fünf der sieben Belegschaftsvertreter verhinderte einen solchen raschen Vollzug, schaffte erst einmal Aufschub. Aber nur bis zum 28. November. Im folgenden drucken wir eine Extraausgabe der KPD-Betriebszeitungen „Frischer Wind" für HDW Hamburg und „Frischer Wind" für Blohm + Voss ab, die am 26.11. verbreitet wurden.

Ausgangslage

HDW Hamburg war erst zum 1. Oktober in eine Tochtergesellschaft der HDW Kiel umgewandelt worden — mit noch 2200 Beschäftigten. HDW Kiel gehört heute zu 74,9 Prozent der bundeseigenen Salzgitter AG und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein.

Bei Blohm & Voss ist Thyssen Mehrheitsaktionär, dort arbeiten gegenwärtig rund 5600 Menschen.

Die Geheimgespräche über den Verkauf wurden zwischen Thyssen, dem Bundesfinanzministerium und der Landesregierung in Kiel geführt.



HDW-Betriebsbesetzung: Trotz Niederlage ein großes Beispiel

Ein Aufschub ist erreicht. In beiden Aufsichtsräten wurde beschlossen, die Entscheidung auf Donnerstag, den 28. November zu vertagen. Ein Erfolg des gemeinsamen Vorgehens der IG-Metaller.

Aber damit ist nur das unverfrorene Vorgehen der Konzernbosse und Politiker zurückgewiesen, nicht aber der Verkauf von 2135 Menschen.

Was wollen die Unternehmensbosse?

Den Wünschen der Konzerngewaltigen entsprechend wird der staatliche Salzgitterkonzern durchrationalisiert und teilweise privatisiert — ohne besondere Rücksicht auf Arbeitsplätze und regionale Probleme der Wirtschaftsstruktur, wie jetzt in Hamburg.

Deswegen wurde die HDW-Hamburg 1983 praktisch halbiert und der Schiffsneubau eingestellt. Dieses Vorgehen entsprach haargenau den Vorstellungen der Schiffbauindustrie. Um die Planung des Werftgutachtens von 1972 zu Ende zu führen, wurde das Hamburger Werk der HDW jetzt zum 1. Oktober als GmbH verselbständigt.

Alles Gerede, alle Versprechungen des Vorstandsvorsitzenden Ahlers über die aussichtsreiche Zukunft diente nur der Beruhigung und Täuschung.

So soll sich jetzt die weitere Stärkung der Marktposition der Thyssen-Werft B & V auf Kosten der staatlichen Werft vollziehen.

Für 54 Mio. DM soll das Werk Ross verschenkt werden. (Oder gibt es vielleicht zwischen Salzgitter und Thyssen bereits ein Austauschgeschäft, nämlich die Übernahme der U-Boots-Produktion des Emdener Werkes durch HDW-Kiel? Schließlich sollen in Kiel 70 bis 130 Mio. DM in den U-Bootbau investiert werden.

Die Folgen betreffen beide Belegschaften

Der Kauf ergänzt nicht die Produktion bei B + V wie der Kauf von z. B. Noske und Kaeser. In der Schiffsreparatur droht wieder nur ein Aussieben. Mit Sicherheit wird ein Abbau der Kapazität erfolgen, eine Verlagerung und der Verkauf von Docks. Damit einhergehen würde ein drastischer Abbau von Arbeitsplätzen in der Schiffsreparatur.

Zwar werden viele Produkte des HDW-Maschinenbaus bei B + V nicht gefertigt, aber dies sagt nichts darüber aus, daß die Kollegen, die diese Produkte fertigen, noch gebraucht werden. Zumal im Maschinenbau bei Blohm ab 1986 Beschäftigungsprobleme bestehen. Zu erwarten wäre nicht nur ein eventueller Verkauf von Patenten und die Aufgabe bestimmter Fertigung sondern vor allem die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch das Aussieben der beiden Belegschaften im Maschinenbau.

Dies gilt auch für alle Bereiche der Verwaltung, des Einkaufs, der Konstruktion und Fertigungsvorbereitung.

Diese — wie die Herren es nennen — Sanierung soll bis zum Herbst 86 abgeschlossen sein, weil sonst angeblich der Konkurs droht.

(Welch eine Änderung in der Argumentation: Vor sechs Wochen noch eine bedeutende Zukunft, jetzt droht angeblich der Konkurs. Die Herren lügen, wenn sie den Mund aufmachen.)

Keine Chance, das zu verhindern?

Die Entscheidung über den Verkauf ist von den wirtschaftlich und politisch Mächtigen getroffen worden. Der Boss des Salzgitterkonzerns, der Boss von Thyssen und ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums haben diesen Deal ausgehandelt. Und diese Entscheidung wird auch vom Hamburger Senat unterstützt. Damit reiht sich der SPD-Senat nahtlos in die wirtschaftspolitische Wende ein.

Niederlage der Werftbesetzung wirkt noch

Der Kampf gegen die Neuordnung der Schiffbauindustrie wurde praktisch mit den isoliert gebliebenen Werftbesetzungen bei HDW und der AG-Weser vorentschieden. Damals hat es keine alternative Gegenkonzeption der IG Metall für den Schiffbau insgesamt gegeben, die es ermöglicht hätte, einen gemeinsamen Kampf aller Werftbeschäftigten zu führen.

IG Metall ohne Konzept?

Gegen die „marktorientierte Lösung" der Konzerne und der Bundesregierung für die HDW-Hamburg gibt es ebenfalls kein gemeinsames Gegenkonzept. Jetzt sollen die Planungsunterlagen des B + V-Vorstandes an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ausgehändigt werden und auf dieser Grundlage Gegenvorstellungen entwickelt werden.

Das führt bestenfalls zu einigen kosmetischen Veränderungen oder Zeitverzögerungen.

Denn weder in der gemeinsamen Erklärung der Arbeitnehmervertreter von HDW und B + V noch in der Erklärung der IG Metall werden der Verkauf grundsätzlich abgelehnt und Gegenvorschläge gemacht.

Dies hat schon jetzt mit dazu beigetragen, daß bei B + V aber auch bei HDW eher Resignation vorherrscht als die Bereitschaft zur Gegenwehr.

Aber diese Gegenwehr wäre erforderlich, um den Verkauf zu verhindern und eine für beide Belegschaften sinnvolle Konzeption durchzusetzen oder auch nur Einfluß zu nehmen auf die Bedingungen des Verkaufs.

Es gibt Alternativen

Zumindest auf der HDW gibt es schon seit Jahren eine Gegenkonzeption.

- Beteiligung der Stadt Hamburg an der HDW mit 25,1 Prozent.
- Aufbau einer Umweltproduktion speziell für die Probleme in der Hamburger Region.
- Arbeitsplatzgarantie.

Eine solche Beteiligung und der Aufbau von Umweltproduktion wäre über die kommunalen Unternehmen HEW, HGW, HWW und die Landesbank ohne weiteres zu finanzieren.

Unter den jetzigen Voraussetzungen, daß Salzgitter die HDW-HH ganz verkaufen will, wäre die einzig richtige — für die Belegschaften und die breite Hamburger Bevölkerung richtige — Lösung die 100prozentige Übernahme durch die Stadt Hamburg.

Aber dagegen sträubt sich nicht nur das Kapital und die Bonner und Kieler Regierung sondern auch der Hamburger Senat.

Die Standortpolitik Dohnanyis orientiert sich ganz an den Wünschen der Hamburger Unternehmer (dazu gehört auch Herr Budczies), für alternative Lösungen zum Wohle der Beschäftigten und der breiten Hamburger Bevölkerung ist da kein Platz und kein Geld.

Das aber macht eine Lösung so schwierig. Denn auch unsere Interessenvertreter sehen in dieser Situation sich nicht mehr berufen, die von ihnen mitentwickelte alternative Konzeption zu vertreten. (Sei es, daß sie ihren SPD-Genossen nicht auf die Füße treten wollen — so kurz vor der Bürgerschaftswahl — oder sei es, daß sie keinen Weg sehen, auf die Entscheidung ihrer SPD-Oberen einzuwirken).

Wir sagen mit aller Deutlichkeit:

Eine Alternative für die Belegschaft der HDW (und auch indirekt für die der B + V) besteht nur darin, als ersten Schritt die Privatisierung des Werkes Ross zu verhindern und zumindest eine Beteiligung von 25,1 Prozent durch die Stadt Hamburg zu erreichen. Dazu aber muß mit allem Nachdruck vom Hamburger Senat gefordert werden, daß das Angebot, sich mit 25,1 Prozent an der HDW zu beteiligen, auch für die B + V - Ross AG gilt und der Senat nur noch dann Geld für B + V gibt, wenn damit feste Auflagen für Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen verbunden sind. Damit ist sicher noch nicht erreicht, daß Salzgitter bzw. Thyssen dazu auch bereit wären.

Aber sollte erreicht werden, daß ein Verkauf deshalb scheitert, so ist viel Zeit gewonnen, um eine vernünftige Konzeption für Beschäftigte und Hamburger Bevölkerung durchzusetzen.

Unrealistisch?

Unter den augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und vor allem dem Kräfteverhältnis zwischen Werftbelegschaften und ihren Gegnern sicherlich nicht leicht zu erreichen. Aber wie soll das verändert werden, wenn nicht um politische Alternativen vor Ort gekämpft wird?

Wie kann es weitergehen?

Ein Aufschub ist erreicht. Jetzt kommt es darauf an, die Zeit bis Donnerstag zu nutzen. Nötig wäre:

- Erarbeitung eines Gegenkonzeptes zur Verhinderung der Privatisierung der HDW Hamburg. Eine Mindestbeteiligung von 25,1 Prozent der Stadt Hamburg muß angestrebt, weiterer Arbeitsplatzabbau auf beiden Werften verhindert werden.
- Diskussion dieser Gegenkonzeption und möglicher gemeinsamer Aktionen in den Vertrauenskörpern von HDW und B + V; möglichst auf einer gemeinsamen Sitzung.
- Ran an den Senat. Rücknahme seiner Unterstützung des Verkaufs und Erklärung seiner Bereitschaft, sich auch an einer B + V - Ross-GmbH zu beteiligen; mit entsprechenden arbeitsplatzsichernden Maßnahmen und Garantien.
- Mobilisierung, um den Verkauf zu den Bedingungen von Salzgitter und Thyssen zu verhindern. Gemeinsamer Kampf beider Belegschaften.

Oberhausen: IGM-Kundgebung mit Franz Steinkühler

„Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser Rede"

Am 22. November fand in Oberhausen eine Kundgebung für IGM-Funktionäre aus dem Bezirk Essen unter dem Motto „Streikrecht verteidigen — Demokratie sichern" statt. Hauptredner in der überfüllten Luise-Albertz-Halle (über 3000 Funktionäre und IGM-Mitglieder) war Franz Steinkühler.

Zu Beginn seiner Rede ging Steinkühler mit ziemlicher Schärfe indirekt auf die Angriffe um das „metall"-Extra-Titelfoto („Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten") ein. Bismarck habe mit den Sozialistengesetzen und die Nazis mit dem Verbot der Gewerkschaften versucht, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Heute habe man solche diktatorischen Maßnahmen nicht mehr nötig. Die „Systemveränderer von rechts" machten es sich einfacher; indem geplant werde, den Gewerkschaften ihre Streikfähigkeit zu nehmen. Den Gewerkschaften ihre Streikfähigkeit zu nehmen hieße, sie zu einem 1.-Mai-Gedächtnisfeier-Verein zu machen.

Steinkühler zog weitere historische Parallelen zur Weimarer Zeit: Er verglich Hugenberg mit Springer (unter den Zuhörern trat ein kurzes erstauntes Schweigen über solch einen harten Vergleich, dann begeisterter Beifall); nur Flick sei immer noch derselbe.

Nach der Feststellung „Die Arbeiter haben nichts anderes zu verkaufen als ihre Arbeitskraft, sie haben aber auch kein anderes Machtmittel, als ihre Arbeitskraft zu verweigern" ging Steinkühler darauf ein, daß sozialer Fortschritt, der Sozialstaat, der heute immer mehr angegriffen werde, nur durch die Arbeitnehmerschaft mit Hilfe von Streiks erreicht wurde (Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitverkürzung).

Heute werde dies auf den Kopf gestellt, genauso wie bei den semantischen Entstellungen des Wortes „Neutralität": „Ist es neutral, wenn eine staatliche Anstalt zusieht, wie die Starken die Schwachen ausbluten wollen? Ist es neutral, wenn dem Starken auch noch der Knüppel in die Hand gegeben wird, um den Schwachen zu erschlagen?" Und er zitierte einen französischen Philosophen, der zum Thema „Gleichheit" im Staat gesagt hatte: „Reichen und Armen ist es untersagt, Brot zu stehlen und nachts unter Brücken zu schlafen." (Nur, daß die Reichen beides nicht nötig haben.) Diese Anstalt, um deren Neutralität jetzt einige so besorgt seien, würde nur durch die Arbeitnehmer finanziert: Durch den direkten Beitrag der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung und durch die Abgaben der Unternehmer, denn letztere seien nichts anderes als vorenthaltener Lohn.

Denen, die sagen, die Gewerkschaften würden die Bundesanstalt für Arbeit mißbrauchen, hielt Steinkühler Ereignisse einer IGM-Untersuchung bezüglich der in der Tarifauseinandersetzung 1984 kalt ausgesperrten Betriebe entgegen. Es sei festgestellt worden, daß

- in 75 Prozent der kalt ausgesperrten Betriebe mit Hilfe der Betriebsräte der Aussperrungtermin hinausgeschoben wurde, d.h. daß zur Aussperrung kein unmittelbarer Anlaß bestand, und daß
- in 77 Prozent der kalt ausgesperrten Betriebe sofort nach bzw. teilweise sogar vor Streikende in Baden-Württemberg die Produktion wieder aufgenommen wurde, also zu einem Zeitpunkt, wo noch kein einziges Schräubchen aus Baden-Württemberg da sein konnte.



IGM-Konferenz in Frankfurt: Auch hier kämpferische Töne

Zu der Behauptung, die IGM habe die kalte Aussperrung mit ihrer Streiktaktik bewirkt, führte Steinkühler die konkreten Zahlen aus Baden-Württemberg aus: 50000 Streikende standen 180000 heiß Ausgesperrte gegenüber.

Und der schloß: Die, die um die Neutralität der Bundesanstalt so besorgt seien, sollten die Finger vom § 116 lassen und stattdessen die Aussperrung verbieten.

Auffällig war, daß Steinkühler die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung mehrmals anführte. Zum „Kompromißvorschlag" von Blüm, der geänderte § 116 solle nur innerhalb eines Industriegewerkschaftsbereiches gleten (also nicht, wenn beispielsweise die Gummiarbeiter streiken und die Autoindustrie nicht mehr weiter produzieren kann) sagte er: „Das ist so, wie wenn einer sagt: ‚Ich bin zwar dafür, daß Ihr aufgehängt werdet, aber daß Ihr auch noch erschossen werdet, da bin ich dagegen'."

Großen Beifall erhielt Steinkühler auch noch, als er Sozialabbau und militärische Aufrüstung in eine Linie stellte („Wer sagt, daß er kein Geld für den Sozialstaat habe, der sollte sich um SDI gar keine Gedanken machen") und als er mit folgenden Worten auf die öffentliche Meinung in der BRD einging: „Was ist das für eine Republik, wo Millionen die ‚Schwarzwaldklinik' sehen, aber nicht die Millionen Bäume, die im Schwarzwald sterben? Was ist das für eine Republik, wo eine tote Fliege im Weltraum wichtiger ist als Millionen Arbeitslose?

Was ist das für eine Gesellschaft, wo Tausende sich Sorgen machen um einen 17jährigen Tennisspieler und nicht um die Tausenden von 17jährigen, die arbeitslos sind?"

Er warnte davor, die geplanten Angriffe auf den § 116 nur als schrullige Idee von einer „Zahnärztepartei" (FDP) zu sehen: Es handele sich dabei um einen Probelauf, um dann noch viel weitergehende Angriffe auf die Arbeiterbewegung zu starten.

Zum Schluß ging Steinkühler auf die von der IGM geplanten Aktionen ein:

Für Dezember seien Widerstandsaktionen geplant, die nicht nur in Flugblattverteilen, Betriebsversammlungen oder 5- oder 10minütigen Warnstreiks bestehen würden. Mehr wolle er dazu nicht sagen. Er verwies auf die Sitzung des DGB-Bundesvorstandes: Dort sei klargemacht worden, daß es nicht darum ginge, daß der DGB die Aktionen der IGM unterstütze, sondern die Aktionen der IGM sollten Teil des Widerstandes des gesamten DGB sein. (Zu Beginn der Kundgebung hatte der DGB-Landesvorsitzende Mahlberg erklärt, daß Anfang letzter Woche alle DGB-Kreisvorsitzenden aus NRW zusammengeholt worden und aufgefordert worden seien, die IGM in ihren Aktionen zu unterstützen.)

Nach Steinkühlers Rede gab es minutenlange „standing ovations", die Rede hatte fast allen aus „der Seele gesprochen". Bei einigen aber auch den Kommentar: „Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser Rede." (Steinkühler gehörte bekanntlich ja auch zu denjenigen aus dem IGM-Vorstand, die bis zuletzt gegen weitergehende Aktionen waren, aber gut reden kann er, das muß man ihm lassen, die Verfasserin).

Insgesamt war diese Kundgebung eine gute Mobilisierung für die Vertrauensleute und Funktionäre. Unnütz war dies sicherlich nicht, denn durch das lange Schweigen des IGM-Vorstandes zu der geplanten Änderung des § 116 war die ganze Tragweite dieses Angriffs vielen noch nicht so bewußt.

Rappe gegen „Metall"

Auf der Konferenz aller Hauptamtlichen der IGM letzte Woche in Frankfurt erzählte ein Kollege im Verlauf der Diskussion, daß der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe einen Brief an alle IG-Chemie-Verwaltungsstellen gesandt habe, in dem er diese auffordert, die IGM-Aktionen gegen die geplanten Angriffe auf den § 116 nur dann zu unterstützen, wenn sich die IGM von dem Foto auf dem „metall"-Extra distanziere. Ein weiterer Kollege, Hauptamtlicher aus Südbayern, erzählte darauf in der Diskussion, daß er den Kollegen, der das angegriffene Sandwich trage, persönlich kenne: Dessen Vater sei im KZ als Gewerkschafter umgebracht worden und von daher hätten diese Worte durchaus ihre Berechtigung.

Die „Drei" gegen BMW

Neue Erfolge, neue Sauereien

Eine neue Pressemitteilung des Solidaritätskomitees für die entlassenen BMW-Gewerkschafter hat uns erreicht.

Schon in unserem letzten Bericht über den Kampf der Kollegen Vollmer, Knirsch und Köbrich konnten wir berichten, daß sämtliche Kündigungen gegen Peter Vollmer vom Tisch sind. Jetzt hat auch Rainer Knirsch alle Kündigungsschutzklagen gegen BMW gewonnen. Auch Kollege Knirsch bekam den Weiterbeschäftigungsanspruch zugesprochen. Die fünfte Kündigung gegen Rainer Knirsch war von BMW mit einer Drucksituation begründet worden, also damit, daß es im Betrieb gegen die Weiterbeschäftigung der drei Gewerkschafter zu einer Arbeitsniederlegung von wenigen Beschäftigten gekommen war. Das Gericht wies diese Argumentation zurück und ließ in seiner Urteilsbegründung durchblicken, daß die Geschäftsleitung Arbeitsniederlegung diese eher gefördert habe, als daß sie durch den Streik unter Druck gesetzt worden sei.

Hans Köbrich wird inzwischen von dem Unternehmen BMW weiterbeschäftigt. Allerdings nicht im Motorradwerk Spandau, sondern in der BMW-Niederlassung Berlin-Moabit. Da dieser Betrieb rechtlich gesehen ein eigenständiger Betrieb mit eigenem Betriebsrat ist, und da es dort für den Maschinenschlosser Hans Köbrich keinen adäquaten Arbeitsplatz gibt — zur Zeit muß er u.a. Rasenmähen und BMW-Fahnen hissen —, hat Hans Köbrich die Arbeit dort nur unter Vorbehalt angenommen.

Beim Landesarbeitsgericht in Berlin beantragte er, die Zwangsvollstreckung aus seinem Weiterbeschäftigungsanspruch nun zu vollziehen, da der zugewiesene Arbeitsplatz nicht seinem Arbeitsvertrag entspricht und da das Gericht am 5.7.85 beschlossen hatte, Hans Köbrich müsse zu den alten Bedingungen wiedereingestellt werden. In der ersten Verhandlung in dieser Sache hatte BMW erklärt, es gäbe nur „ein Unternehmen BMW", bei dem Hans Köbrich angestellt sei, und somit sei eine Versetzung in jeglichem BMW-Bereich möglich. Die Entscheidung selbst wurde zwar vertagt, aber der Vorsitzende des Gerichts deutete an, daß er diese Sichtweise von BMW nicht teilen würde. Die Reaktion von BMW ließ nicht lange auf sich warten: Nur zwei Stunden nach der Verhandlung erhielt Hans Köbrich erneute zwei Kündigungen, eine fristlose sowie hilfsweise eine fristgerechte Änderungskündigung ohne Begründung. Dagegen wird Hans Köbrich erneut Kündigungsschutzklage einreichen.

Das Solidaritätskomitee weist darauf hin, daß mit der Versetzung der drei Gewerkschafter in einen eigenständigen Betrieb der BMW AG deren aktives und passives Wahlrecht bei der vorhersehbaren Neuwal des Betriebsrates im Spandauer Werk erlöschen würde. Eben darum dürfte es BMW, nachdem absehbar ist, daß die drei Gewerkschafter letztendlich weiterbeschäftigt werden müssen, nun vor allem gehen.

Am 5.12.85 wird vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel über den Weiterbeschäftigungsanspruch von Peter Vollmer verhandelt. Termin und Ort: 5.12.85, 9.00 Uhr, Zi 416, 2. OG, Graf-Bernadotte-Platz 3, Kassel.

Aufgrund der bisher letztinstanzlich gewonnenen Kündigungsschutzklagen haben alle drei Entlassenen eine Lohnnachzahlung für die Zeit von Mai 84 bis zum 20. September 84 von BMW erhalten. Sie haben davon bereits die ihnen gewährte einmalige Notfallunterstützung der IG Metall zurückgezahlt.

Am 29.10.85 hatte die Berliner Ortsverwaltung der IG Metall beschlossen, die nächste gewerkschaftliche Mitgliederversammlung, bei der zwei Delegierte zur Vertreterversammlung, dem höchsten Berliner IG-Metall-Organ, nachzuwählen waren, entgegen der Praxis der letzten Jahre **ins Werk** zu verlegen.

Das bedeutete: Die drei gekündigten Knirsch, Köbrich und Vollmer hätten nicht mitwirken dürfen, da sie bekanntlich bei BMW Hausverbot haben. Auf Protest der drei hatte die Ortsverwaltung sich eine Hilfslösung ausgedacht: Die Mitgliederversammlung im Werk sollte nur der Aufstellung der Kandidaten vornehmen, die Wahl selber sollte etwas später als Briefwahl unter Teilnahme der drei stattfinden. Der Vorstand der IG Metall in Frankfurt hat am 12.11., die für den nächsten Tag geplante Mitgliederversammlung abgesetzt. In einer bei BMW ausgehängten und verteilten Mitteilung der Vertrauenskörperleitung heißt es:

„Nachdem die Tagesordnung mit der Ortsverwaltung Berlin einvernehmlich festgelegt worden war, erfolgte ein Einspruch des Vorstandes der IG Metall Frankfurt. Daher muß aus den nachfolgend angeführten Gründen die für den 13.11.85 vorgesehene Versammlung abgesagt werden: Die Gerichte haben in mehreren Urteilen festgestellt, daß die Aufstellung der Kandidaten für Wahlen und die Wahlhandlung selbst nur in Versammlungen erfolgen kann, zu denen alle Gewerkschaftsmitglieder eines Wahlkörpers Zutritt haben. Da das für die vorgesehene Mitgliederversammlung nicht gewährleistet werden kann, mußte die Absage erfolgen. gez. Schulz, Vertrauenskörperleiter"

Friedensbewegung

Kontroverse um den Aufruf der „Naturwissenschaftlerinitiative gegen SDI"

Die Haltung zu diesem Aufruf wird in der Friedensbewegung kontrovers diskutiert. Wir dokumentieren in diesem RM zwei Papiere aus der Friedensbewegung: eine Unterschriftenliste des Friedensplenums Dortmund, mit der unter den Forderungsteil des Aufrufs der Naturwissenschaftler Unterschriften gesammelt wird und Auszüge aus einem Papier der Friedenskoordination Hamburg (Frieko), das sich gegen den Aufruf wendet. Das ZK unserer Partei hat auf seiner letzten Sitzung die Bedenken der Frieko gegen den Aufruf diskutiert. Obwohl wir vieles an ihrer Kritik für richtig halten (Einschätzung der Weltraummilitarisierung als Teil integrierter Schlachtfeldüberwachung, Ablehnung von Eureka, Einengung der Friedensbewegung nur auf SDI) meinen wir, daß die KPD den „Naturwissenschaftler-Aufruf" unterstützen sollte. Im folgenden eine Auseinandersetzung mit der Position der Frieko:

Zunächst muß festgehalten werden, daß de facto z.Zt. nicht unter den gesamten Aufruf der Naturwissenschaftler Unterschriften gesammelt wird, sondern hauptsächlich unter seinen Forderungsteil (siehe Dokument). Damit ist eine Ablehnung der Unterschriftensammlung, die sich weitgehend auf einzelne Formulierungen des Aufrufs beruft, in der Massendiskussion relativ müßig. Wollen die unabhängigen Friedenskräfte nicht von vornherein in der gern eingeräumten „Nörgel-Ecke" stehen, so müssen sie sich v.a. dazu verhalten, ob die Forderungen im Wissenschaftleraufruf richtig sind.

1 Die Frieko kritisiert, „daß sich die Unterzeichner die Sorgen der Effektivität der Rüstungsausgaben und Forschungsgelder zu eigen machen." Von dieser Sorge ist allerdings im Forderungsteil nichts zu finden. Vielmehr wird von der Bundesregierung gefordert", sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen." Daran können wir nichts Falsches finden, denn zweifellos stellt doch die weitergehende Weltraummilitarisierung vermittels SDI (und Eureka) einen ganz erheblichen Aufrüstungsschub dar, ganz abgesehen von der Einschätzung der vielschichtigen Aspekte von SDI. Dagegen Unterschriften zu sammeln, kann per se nicht falsch sein — wiewohl wir uns auch ganz andere Aktionsformen vorstellen könnten, aber sie scheinen ja wohl z.Zt. nicht in der Luft zu liegen. Darüber hinaus: selbst wenn ein erheblicher Teil der Erstunterzeichner dieses Aufrufs nur argumentiert, SDI sei rausgeschmissenes Geld und destabilisierend obendrein, so bleibt doch festzuhalten, daß auch sie gegen SDI Front machen. Bislang war es ja auch nicht üblich in der Friedensbewegung, Aktionsbündnisse gegen Teilaspekte der Aufrüstung abzulehnen, nur weil ein wesentlicher Teil des Bündnisspektrums diese imperialistische Bundesrepublik nach wie vor für verteidigenswert hält.

2 Die Frieko kritisiert weiter, „daß der vorliegende Appell nur Teilaspekte der Weltraummilitarisierung und des SDI-Programms kritisiert und ablehnt und speziell die Militarisierung der Europäer ausspart." Das ist schon wahr und kritikwürdig. Insofern stimmen wir dem analytischen Teil des Papiers auch voll zu. Aber das kann nicht Grund genug sein, eine Kampagne gegen **einen Teil** der Weltraummilitarisierung abzulehnen. Denn eine bundesrepublikanische Beteiligung an SDI (in welcher Form auch immer) scheint doch ganz offensichtlich eines der zentralen Anliegen der ausschlaggebenden Kapitalkreise zu sein. Es ist zwar eine Sache aber nicht desto trotz schlechte Tradition der radikalen Linken mit dem Hinweis darauf, „was alles fehlt" sich aus politischen Bündnissen auszuklinken und sich damit auch der Möglichkeit zu begeben, weitergehende politische Standpunkte in der Debatte durchzusetzen. Und was die „weitergehenden Aspekte der Weltraummilitarisierung und speziell die Weltraumrüstung der Europäer (Eureka) angeht, so können wir noch lange kritisieren, daß SPD und DKP sie nicht zum Thema machen. Das müssen wir schon selbst tun, Druck machen, auch Aktionsorientierungen finden.

3 „Wir kritisieren, daß jetzt mit diesem Appell nicht nur die Einhaltung der Rüstungskontrollverträge pauschal zu unserem Anliegen gemacht werden soll, sondern darüber hinaus noch die „Glaubwürdigkeit" der westlichen Rüstungskontrollpolitik" — schreibt die Frieko weiter. Sicherlich von der „Glaubwürdigkeit" ist im ausführlichen Text des Aufrufs die Rede und wir räumen auch ein, daß die „Glaubwürdigkeit westlicher Rüstungskontrollpolitik" ein zentrales Anliegen von Weinbrandt-Willy ist, einem der Erstunterzeichner des Aufrufs. Aber wiederum: ein solcher Passus findet sich im Forderungsteil des Aufrufs nicht. Dort steht: „...sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden, „Richtig finden wir nach wie vor, gegen die globale Orientivität der Rüstungsausgaben und Forschungsgelder zu eigen machen." Von dieser Sorge ist allerdings im Fordestung und keineswegs zu Abrüstung geführt haben. Aber in diesem konkreten Fall liegt die Sache doch wohl etwas anders. SALT II verbietet Arbeiten zur Stationierung von Weltraumwaffen, das SDI-Programm ist nur unter Bruch von SALT II möglich. Mensch braucht nicht Anhänger vernebelnder Entspannungspolitik zu sein (und bekanntlich waren wir das nie), um diesen weiteren Schritt der Konfrontationspolitik nicht mit in die Argumentation gegen eine SDI-Beteiligung einzubeziehen.

4 Zentrales Argument der Frieko gegen den „Wissenschaftler-Aufruf" ist jedoch, daß es sich hier gar nicht um einen „Wissenschaftler-Appell" sondern um ein politisches Bündnis v.a. aus der SPD- und DKP-Ecke handelt, das unter Umgehung der Gesamtorgane der Friedensbewegung SDI zu **dem** zentralen Thema der Bewegung machen und die Friedensbewegung zu einem Wahlunterstützungsverein der SPD umfunktionieren will. Zunächst: Unstrittig dürfte ja wohl sein, daß es viele Naturwissenschaftler gibt, die — unabhängig von parteipolitischen Sonderinteressen — gegen die Militarisierung ihrer Wissenschaften (v.a. im Zusammenhang mit SDI) ankämpfen. Bei Siemens in München z.B. gibt es eine Bewegung von ca. 1000 Ingenieuren, die sich dagegen wehren, daß für sie Sonderabteilungen für die militärische Forschung geschaffen werden. Gegen eine „Instrumentalisierung" sind solche Leute nie geschützt. Es liegt an den unabhängigen Kräften in der Friedensbewegung, sie so weit wie möglich durch eigene Initiativen zu verhindern.

Zur SPD: Sicherlich, ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber SPD-Vorstandsleuten wie Brandt/Ehmke/Bahr (alle Erstunterzeichner) ist angebracht. Ihre Funktion, Oppositionsbewegungen auf ein Format zurechtzustutzen, das für die etablierte Politik verspeisbar ist, ist bekannt. Aber gleichzeitig steht diese SPD und v.a. ihr Millionenanhang im Widerspruch zur Weltraumpolitik der konservativen Bundesregierung. Dem gegenüber kann natürlich auf die furchtbar lange Geschichte des Verrats der Sozialdemokratie seit den Kriegskrediten im 1. Weltkrieg verwiesen werden und damit die Abstinenz von einem Aktionsbündnis begründet werden, an dem auch Sozialdemokraten an führender Stelle mitarbeiten. Daß dies aber der erfolgversprechendste Weg linker sozialistischer Politik ist, hat uns noch niemand vorgemacht. Sinniger scheint es uns da schon zu sein, die sozialdemokratische Führung auf die auch von ihrer Basis erhobenen Forderungen festzunageln und auf den (auf diesem Wege wahrscheinlicheren) Differenzierungsprozeß in der sozialdemokratischen Anhängerschaft zu setzen, wenn diese Leute Erfahrungen in der Aktion mit ihrer eigenen Führung machen.

Schließlich: zur DKP. Die Art und Weise, wie die DKP versucht, SDI zum Hauptthema der Friedensbewegung zu machen (Umgehen der Beschlüsse der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom Juni 85, die auch eine Orientierung gegen Cruise Missiles, für den Abbau aller installierten Pershing II, gegen konventionelle Aufrüstung und Interventionspolitik in der „3. Welt" vorsah) ist aus dem Arsenal dieser Manipulationsprofis bekannt. Uns stinkt genauso wie der Frieko, daß die DKP alles mit der Kampagne gegen SDI transportiert: v.a. ihre neu entdeckte „Koalition der Vernunft", die bis zu den Managern von Krupp und Mannesmann reicht (siehe RM Nr. 40 und 44). Aber: das ist nicht neu. Diesmal nur besonders extrem formuliert. Die im Kern klassenversöhnlerische Strategie der DKP hat uns jedoch auch bislang nicht davon abgehalten, mit ihr Aktionsbündnisse in konkreten Teilfragen einzugehen.

Zusammengenommen also: Wir möchten weder, daß sich die wenigen in der Friedensbewegung engagierten Kräfte der KPD nur noch auf diese Unterschriftensammlung konzentrieren, noch daß die unabhängige Bewegung insgesamt davon ablassen sollte, sich schwerpunktmäßig mit den „eigenen Themen": konventionelle Aufrüstung, Eureka, Intervention in der „3. Welt" zu befassen. Nur eine Position der Gegnerschaft zu dem Anti-SDI-Aufruf scheint uns politisch unsinnig.

Peter Schulte

Die Bundesregierung ist aufgefordert, eine folgenschwere Entscheidung über ihre Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der US-Regierung zu treffen. Das Dortmunder Friedensplenum unterstützt den Aufruf der Naturwissenschaftler-Friedensinitiative, mit dem Personen aus Wissenschaft, Politik, den Kirchen, Gewerkschaften und aus dem kulturellen Leben vor der Strategischen Verteidigungsinitiative warnen:

Sie fordern die Bundesregierung auf,

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
- sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,
- ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Atomrüstung der SU — friedenserhaltend?

Im Papier der Frieko heißt es: „Nicht innere Widersprüche im herrschenden Lager der NATO und leider erst recht nicht Oppositions- und Friedensbewegung in der NATO haben diese Atomkriegspläne durchkreuzen können, sondern die Aufrechterhaltung des atomaren Patts duch die SU. Ihre Fähigkeit einer Vernichtungsdrohung gegenüber der NATO hat solche Atomkriegspläne bisher in den Bereich des Wahnsinns verdammt."

Diese Aussagen sind weitgehend. Mit ihnen wir der atomaren Aufrüstung der SU eine geradezu global stabilisierende, friedenserhaltende Wirkung zugesprochen. Es ist schon wahr, daß die SU in den letzten Jahrzehnten bei nahezu jedem Aufrüstungsschritt nur nachgezogen hat, aber **sie hat nachgerüstet** und damit auch selbst durch die Teilnahme am Rüstungswettlauf — die internationale Lage destabilisiert. Die Frieko Hamburg unterstellt, daß es zu herrschenden Militärpolitik der SU angesichts der Bedrohung durch die NATO keinerlei Alternativen gebe. Was aber wäre geschehen, wenn die SU anstatt immer wieder nachzurüsten, sich auf eine Politik der beispielhaften einseitigen Abrüstung und der Mobilisierung der Friedenskräfte in den imperialistischen Staaten verlassen hätte? Wäre dadurch nicht den Aufrüstern im Westen der Argumentationsboden für ihre Aufrüstungspolitik entzogen und die weitgehende gesellschaftliche Akzeptierung der herrschenden Sicherheitspolitik untergraben worden. Nur am Rande: Es ist sicherlich nicht unsere vornehmliche Aufgabe als Friedenskräfte im Westen für einseitige Abrüstung im Warschauer Vertrag zu streiten. Aber die Position der Frieko läßt wohl auch kaum Solidarität mit der autonomen Friedensbewegung in den WVO-Staaten zu, die ja dort — wie wir hier — für einseitige Abrüstung eintritt — nach der Logik der Frieko ein klarer Wahnsinn.

Ein Papier der Friedenskoordination Hamburg — Auszüge

Weltraumrüstung, SDI und Eureka

(...) Die derzeit herrschenden Militärstrategie-Schulen in den USA haben vorgeschlagen, selbst um den Preis der Vernichtun von 10 Prozent der USA einen solchen strategischen Atomkrieg ins Auge zu fassen.

Tatsächlich würde aber rund 1 Prozent der sowjetischen Atomraketen, d.h. rund 100 über den USA gezündete Atomwaffen, ausreichen, um diese in eine atomare Wüste zu verwandeln. Nicht innere Widersprüche im herrschenden Lager der NATO und leider erst recht nicht Oppositions- und Friedensbewegungen in der NATO haben diese Atomkriegs-Pläne durchkreuzen können, sondern die Aufrechterhaltung des atomaren Patts durch die Sowjetunion. Ihre Fähigkeit einer atomaren Vernichtungsdrohung gegenüber der NATO hat solche Atomkriegspläne bisher in den Bereich des Wahnsinns verdammt. (...)

Hebt SDI das atomare Patt auf?

Steht mit dem SDI-Programm nun doch für die USA der technologische Durchbruch zur absoluten Überlegenheit bevor, wie es die Propangada verspricht, bzw. allenthalben diskutiert wird? Auch 200 bis 500 Mrd. Dollar, die derzeit dafür veranschlagt werden, würden tatsächlich aber nicht ausreichen, um mit den derzeitigen technologischen Mitteln einen sicheren Schutz auch nur vor einem Teil der sowjetischen atomaren Bedrohung liefern zu können. Dafür vorgesehene Laserstationen würden z.B. allein eine Energiemenge erfordern, die nach bisherigen Standard erst in 20 Jahren in den Weltraum zu schaffen wäre, oder aber die Verdoppelung der Energieerzeuger in den USA erfordern würde, ganz abgesehen davon, daß solche Laserwaffen derzeit kaum auf dem Papier als Konzept vorhanden sind. Bisherige Computergenerationen sind dafür qualitativ zu klein, seiht man einmal davon ab, daß diese Waffen im Weltraum auch verwundbar wären.

Man hat errechnet, daß vergleichsweise einfache Umrüstungen und Erweiterungen des sowjetischen Atompotentials die Raketen wiederum unverwundbar sowohl gegen einen Überraschungsschlag als auch gegenüber einem Abwehrschirm machen würden, ganz abgesehen davon, daß Marschflugkörper und von U-Booten in der Nähe der USA abgeschossene Raketen von dem konzipierten Abwehrschirm gar nicht zu erfassen wären. (...)

Es ist auch nicht so, daß die Herrschenden in den USA oder der NATO dieser Hoffnung verfallen wären. Die SDI-Kommission der Bundesregierung kam aus den USA mit der Aussage zurück, daß die Forschungs- und Erprobungsarbeiten, die bislang ein 5-Jahresprogramm (von 1985 bis 89) umfassen, mindestens um ein weiteres 5-Jahresprogramm zu erweitern sind. Militärische und wissenschaftliche Fachleute gehen in der Regel davon aus, daß die dafür erforderlichen technologischen Durchbrüche wenn überhaupt so keinesfalls vor dem Jahre 2000 zu erwarten seien.

SDI nur ein Bluff?

Auch wenn das SDI-Programm

Fortsetzung auf Seite 12

Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten! Diese Regierung will sie ausbluten!

Durch die geplante Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wollen Bundesregierung und Unternehmerverbände die Gewerkschaften finanziell ausbluten und damit weitgehend streikunfähig machen. Der umstrittene Paragraph regelt die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen. Er besagt u.a., daß Arbeiter und Angestellte, die an einem Arbeitskampf beteiligt sind, kein Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt kriegen.

Anders sieht es dagegen aus, wenn die Unternehmer in gar nicht am Streik beteiligten Tarifbezirken die Produktion einstellen und dies mit Auswirkungen eines Streiks in einem anderen Tarifbezirk begründen. Die von dieser kalten Aussperrung betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

So war die Situation 1984 beim Streik für die 35-Stunden-Woche. In Baden-Württemberg und Hessen streikten 55000 Metaller. 315000 Arbeiter und Angestellte aber wurden von den Unternehmern in den anderen Tarifbezirken kalt ausgesperrt. Dann kam der berüchtigte Franke-Erlaß. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit wies die Arbeitsämter an, den kalt Ausgesperrten kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Das war rechtswidrig. Die Gerichte haben die Arbeitsämter zur Zahlung des Kurzarbeitergeldes verurteilt.

Jetzt wollen die Unionsparteien und die FDP auf Druck der Unternehmer den Rechtsbruch von damals zum Gesetz machen. Die Gewerkschaften müßten auch Unterstützung für die von den Unternehmern kalt ausgesperrten Beschäftigten zahlen. Wenn das schon 1984 so gewesen wäre, hätte die IG Metall für jede Streikwoche 1 Milliarde DM aufbringen müssen. Streikrecht gäbe es zwar noch auf dem Papier, aber keine Gewerkschaft könnte es bezahlen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
EXTRA ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Hände weg vom Streikrecht!

Noch im Dezember will die Bonner Koalition über eine gesetzliche Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes entscheiden.

Ein Paragraph soll geändert werden — das klingt undramatisch. Aber dahinter verbirgt sich der schwerwiegendste Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Absicht, die die Unternehmerorganisationen und die politische Reaktion mit diesem Gesetzesvorhaben verfolgen, ist mehr als deutlich: Es soll den Gewerkschaften unmöglich gemacht werden, in Zukunft einen Streikkampf zu führen, wie ihn die IG Metall und die IG Druck und Papier 1984 für die 35-Stunden-Woche geführt haben. Noch vor der nächsten Tarifauseinandersetzungen, vor allem vor der nächsten Runde im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sollen die Gewerkschaften weitgehend entwaffnet werden; denn der Streik ist die einzige Waffe der Arbeiter und Angestellten gegen die Macht der Unternehmer.

Der Angriff auf das Streikrecht ist ein Angriff auf die Rechte und Freiheiten des Volkes überhaupt. Es muß in dieser Situation daran erinnert werden: Aussperrungsterror gegen die Arbeiterklasse, systematischer Kampf der reaktionärsten kapitalistischen Kreise zur Schwächung der Gewerkschaften — das war in der Endphase der Weimarer Republik der Weg in den Hitler-Staat.

Kapital und seine Wenderegierung wollen den Gewerkschaften jetzt das Rückgrat brechen. Wenn es ihnen gelingt, wird das nicht nur die Gewerkschaften betreffen. Alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen werden dem direkten Zugriff der Reaktion ausgeliefert sein.

Wer gibt den Ton an — für Kohl, Blüm und Bangemann?

Lange Zeit tat die Regierung so, als wolle sie keine Neuregelung des § 116. Zitate gibt's genug. Noch am 14. August sagte der parlamentarische Staatssekretär Vogt aus Blüms Ministerium: *„Die Bundesregierung hat bisher keine Überlegungen zu einer Änderung des Paragraphen 116 AFG angestellt."* Ähnlich äußerten sich Blüm selbst und Kohl. Doch auf einmal kam Fahrt in die Sache. Lambsdorff, der bekannte industrienahe Graf, kritisierte die Regierung, sie solle nur keine *„Höflichkeitshaltung"* gegenüber den Gewerkschaften einnehmen und Ende Oktober sagte BDA-Hauptgeschäftsführer Erdmann: *„Die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit kann nach Auffassung der Arbeitgeber nur vom Staat* ***selbst*** *und nicht von den Tarifparteien garantiert werden... Deshalb könnten weder die Tarifvertragsparteien noch die Spitzenverbände... Vereinbarungen treffen."* Der Ruf nach dem Gesetzgeber (und seiner schwarzen Mehrheit) war da. Otto Esser drängte auch darauf wie die „Frankfurter Rundschau" berichtete: *„Esser beharrte... auf der Überzeugung, daß der* ***Gesetzgeber umgehend tätig werden müsse, um*** *indirekt von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer vom Bezug von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld auszuschließen."*

Die deutlichen Weisungen kamen von den Unternehmerverbänden. Und die Koalition will noch im Dezember alles klarmachen. Es ist klar: **Die Unternehmer wollen diese Gesetzesänderung — und die Regierung macht, was die Unternehmer wollen!**



Gegen das Streikrecht, für Rekordgewinne und Arbeitslosigkeit

Monat für Monat meldet die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die höchsten Arbeitslosenzahlen seit Bestehen der Bundesrepublik. Diese Regierung, die alles für die Gewinne der Konzerne und Banken tut, hat nichts getan, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die von den Gewerkschaften, vor allem von der IG Metall und der IG Druck & Papier erkämpfte Verkürzung der Wochenarbeitszeit, war die einzig wirksame Maßnahme gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit. Sie mußte gegen den Widerstand der Unternehmer und der Regierung in einem schweren Streik durchgesetzt werden. Ausgerechnet dieser Streik ist nun der Anlaß für den Angriff auf das Streikrecht.

Das ist kein Zufall. Kohl, Blüm und Bangemann vergießen zwar bei jeder Gelegenheit Krokodilstränen über die Massenarbeitslosigkeit, aber das ist pure Heuchelei. Für die Unternehmer, für die Auftraggeber der Wende also, ist die Arbeitslosigkeit gut fürs Geschäft. Jeder Arbeitsplatz, den sie wegrationalisieren, bedeutet für sie mehr Profit. Je größer das Heer der Arbeitslosen, desto größer die Möglichkeit der Unternehmer zum Lohnabbau, zur Verschärfung der Arbeitshetze, zum betrieblichen Sozialabbau.

Das „Verbrechen" der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall und der IG Druck & Papier, besteht in den Augen von Kapital und politischer Reaktion gerade darin, mit dem Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung zumindest teilweise erfolgreich gegen diese Unternehmerstratgie gekämpft zu haben.

Um den weiteren Kampf der Gewerkschaften entscheidend zu erschweren, soll jetzt das Streikrecht weitgehend eingeschränkt werden.

Millionen stehen hinter ihnen:



Der Gruselkatalog des Herrn Müller

Herr Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichts, erstellte vor einigen Monaten für 30000 DM ein Gutachten für den (IG Metaller?! und) Bundesminister Blüm. Seine „Vorschläge" u. a.:

• *„Daß der Gesetzgeber hinsichtlich der Zwangsschlichtung (überlegen sollte) einschlägige gesetzgeberische Arbeiten im Blick zu behalten"* (S. 78/79) — wie in der Schlußphase der Weimarer Republik sollen Arbeitskampf und Streik durch staatliche Zwangsschlichtung verhindert werden!

• *„Ärzten ist keine Streikbefugnis zuzuerkennen ... In der Konsequenz dieser Sicht führt das ferner zu dem Ergebnis, daß das gesamte Krankenhauspersonal nicht streikfähig ist ... Möglicherweise sind auch noch andere Berufstätigkeiten denkbar, die die Streikbefugnis verbieten"* (S. 81) — deutlicher hat bisher noch kaum jemand ausgesprochen, wohin die Reise gehen soll: weitgehende Einschränkung des Streikrechts, dem Kampfmittel der Gewerkschaftsbewegung!

• *„Sämtliche Überlegungen zur Aussperrung führen zu dem einen Ergebnis: Dieses Mittel der Arbeitgeberseite ist für sie als solches erforderlich und unverzichtbar"* — diese Auffassung wird auch deutlich begründet: *„Vor allem aber kann in den Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depression die Arbeitgeberseite vor der Notwendigkeit stehen, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern ... in diesen Fällen wäre eine Angriffsaussperrung angebracht"* (S. 109/113) Angesichts der auch von den Unternehmern erwarteten Verschärfung der ökonomischen Lage ist hiermit die juristische Rechtfertigung für Unternehmerpläne auf Lohnsenkungen, Abbau von Tarifrechten usw. geliefert.

• *„Listen der Arbeitgeber, in denen auf schwere, nicht behebbare Leistungsschwächen der Arbeitnehmer oder auf ein ständig unsoziales Verhalten derselben gegenüber ihren Mitarbeitern hingewiesen wird, sind zu bejahen"* (S. 125) — das heißt nichts anderes als die Wiedereinführung der berühmt-berüchtigten „Schwarzen Listen"

• *„Betriebsbesetzung und Betriebsblockade sind rechtlich unzulässig"* (S. 130) — nach dem bisher schon gesagten wundert diese Aussage natürlich nicht.

• *„Der Sympathiearbeitskampf, der Sympathiestreik sind nicht zulässig"* (S. 159) Warum das so ist, liefert Herr Müller auf Seite 161 c nach: *„Der Sympathiearbeitskampf trägt überhaupt den Keim zu einem Denken in Klassenschichten und in der Konsequenz zu einem Klassenkampfdenken in sich."* Solidarität, gemeinsamer Kampf — das gefällt diesem Herrn natürlich nicht.



Ein Jahr lang kämpften die britischen Kumpel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die arbeiterfeindliche Regierung Thatcher, von der Kohl soviel hält, ging mit allen Mitteln dagegen vor: Polizeieinsätze gegen Streikposten, Gerichtsurteile, die die Gewerkschaft finanziell ausbluten sollten, eine Hetzkampagne in der Presse und totale Gegnerschaft zu allen Arbeiterforderungen — das alles besiegte letztendlich die Kumpel. Heute ist die Bergarbeitergewerkschaft geschwächt, ja sogar gespalten. Thatchers Politik — fürs Kapital erfolgreich — muß uns ein warnendes Beispiel sein!

Recht zum Widerstand — Pflicht zum Widerstand

Das ist kein Streit um Gesetze. Gegen die Pläne der Unternehmer, die diese Regierung verwirklichen soll, tut Widerstand not. Nicht nur der Widerstand der IG Metall. Auch nicht nur der Widerstand des DGB. Sondern der Widerstand all derer, die sich für mehr statt weniger Demokratie einsetzen.

Das Streikrecht, von jeher ein zentrales demokratisches Recht: Wenn es erst mal nur noch auf dem Papier steht, aber kaum noch wahrgenommen werden kann, dann können Unternehmer endgültig schalten und walten, wie sie wollen.

Und das trifft dann alle, nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur Arbeiter und Angestellte. Sondern auch Arbeitslose und Jugendliche, denn die Gegenwehr gegen Sozialabbau und Eliteschulen würde geringer, die Rentner und alle anderen, gegen die es schon die letzten Jahre ständig ging.

Die Aushöhlung des Streikrechts ist entscheidende Marscherleichterung: Für den Marsch in den Atomstaat ebenso wie auf dem Weg zum Polizeistaat (und schon heute können sich Reiche über die Geheimdienste Privatagenten leisten) und für all die anderen Wege, die dieses Kabinett der Dunkelmänner im Auftrag der Unternehmer einschlagen soll.

Deshalb tut sie not, die Einheit aller Demokraten, aller engagierten Menschen gegen die Änderung des § 116 AFG, denn was so neutral bürokratisch klingt, ist der zentrale Angriff auf das Streikrecht! Widerstand ist Pflicht in diesem Fall!

Den Sklavenhändlern das Handwerk legen!



Wallraffs Anklage muß Folgen haben:

Günter Wallraffs aufsehenerregendes Buch „Ganz unten" hat es ans Tageslicht gebracht: als Türke Ali verkleidet, enthüllte er die schmutzigen Geschäfte der sogenannten Leiharbeitsfirmen, besser Sklavenhändler genannt. Für Hungerlöhne ohne Renten- und Krankenversicherung werden Menschen bei den schlimmsten Dreckarbeiten ausgebeutet. Die Geschäfte dieser Firmen — Remmert und Vogel — seien hier nur stellvertretend genannt —, die Geschäfte laufen blendend. Und warum? Weil diese Sklavenhändler mit den Großkonzernen zusammenarbeiten, die die Existenz dieser Sklavenhändlerfirmen erst möglich und profitabel machen. Thyssen, Mannesmann, die großen Baukonzerne und viele andere sind bei diesen schmutzigen Geschäften dabei.

Belegschaftsabbau auf der einen Seite, verstärkte illegale Leiharbeit auf der anderen Seite — da ist nicht nur der Staatsanwalt gefordert — die Gewerkschaften müssen ran, um dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben.

Soweit darf es nie wieder kommen:

Am 2. Mai 1933 besetzten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser. Die Führer der Gewerkschaften gingen in „Schutzhaft" — die meisten kamen in den KZs um. Der endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften gingen jahrelange Angriffe der Kapitalisten voraus. Angriffe, denen oft genug nicht mit der Parole „Wehret den Anfängen" begegnet wurde. Bis es zu spät war und Reaktion und Kapital zuschlugen ...



Freiheit statt Kapitalismus!

Unser Standpunkt KPD

Hier kann man doch wählen, hier ist es immer noch freier als anderswo — das sind in der Regel die Überlegungen, die vielen in den Kopf kommen, wenn die Frage der Freiheit in der BRD angesprochen wird.

Ist es so?

• Parteien, die von den Flick und Co. finanziell ausgehalten werden: Warum sollten sie eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen machen? Sie tun es ja auch nicht.

• Tausende von Prozessen gegen Rüstungsgegner: Ist diese Abrechnung mit der Friedensbewegung etwa eine Stärkung des Demonstrationsrechtes?

• Und jetzt: Der Großangriff auf das Streikrecht, das elementarste aller demokratischen Rechte, die Grundvoraussetzung dafür, daß die Arbeiterschaft überhaupt einen „aufrechten Gang" gehen kann — ein Angriff, den CDU und FDP in Auftrag der Unternehmerverbände, die sie bezahlen, vortragen ...

Die Liste ließe sich verlängern. Um Bayern: Strauß macht einfach ein Sondergesetz und schon kann die Atomanlage in Wackersdorf legal gebaut werden, Einsprüche sind nicht mehr möglich. Und, und ...

Wenn wir Kommunisten sagen, Streikrecht ist für uns ein elementares Freiheitsrecht, dann gilt dies selbstverständlich auch und erst recht für unsere sozialistischen Zielvorstellungen, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in der DDR.

Freiheit statt Kapitalismus: Das heißt für uns die Enteignung und Entmachtung jener, die heute das Sagen haben. Die die Verantwortung tragen für Arbeitslosigkeit, Aufrüstung und Abschaffung demokratischer Rechte.

Freiheit statt Kapitalismus: Das heißt für uns ein Leben ohne neue und alte Armut, Arbeit für alle, bessere soziale Sicherung. Und vieles mehr, wofür Gelder da sind, die aber anders verwandt werden. Das heißt aber in erster Linie: Politische Freiheit der arbeitenden Menschen, und damit auch politischer Einfluß, Macht. Zum Beispiel Volksentscheide statt geflickter Abgeordneter, Wähl- und Abwählbarkeit aller gesellschaftlichen Funktionen. Das erscheint heute nur deshalb als utopisch, weil die Kräfte, die aus wohlverstandenem Profitinteresse dagegen sind, stark sind.

KPD Kommunistische Partei Deutschlands

Informationen über die KPD

Ich bin interessiert an

O einer Probenummer der Wochenzeitung „Roter Morgen"

O weiteren Materialien der KPD

O einem Gespräch

O ich möchte Mitglied der KPD werden

Name

Vorname

Straße

Ort

einsenden an:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30. Eigendruck im Selbstverlag

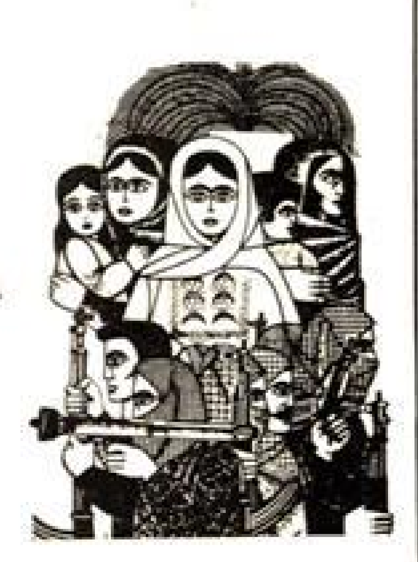
Elena Odena gestorben

Anfang des Monats starb Genossin Elena Odena im Alter von 55 Jahren an Krebs. Genossin Odena gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. (PCE/M-L) und gehörte seit der Parteigründung im Jahre 1964 zur engsten Führung der PCE/M-L. Der Tod der Genossin Odena ist ein schwerer Verlust für die spanischen Marxisten-Leninisten, insbesondere auch für den Kommunistischen Jugendverband JCE/M-L, dem ein Großteil ihrer revolutionären Energien gewidmet war. Auch in der BRD wurde sie vielen Revolutionären durch ihren Kampf bekannt. Mit ihrer Partei und ihren Angehörigen trauern nicht nur zahlreiche marxistisch-leninistische Parteien in aller Welt, sondern auch eine große Zahl Vertreter anderer Organisationen der spanischen Linken. Auch unsere Partei hat dem Zentralkomitee der PCE/M-L ein Beileidsschreiben gesandt, in dem das Leben und der Kampf der Genossin Odena gewürdigt und ihr allzu früher Tod betrauert werden.



29. November

Tag der internationalen Solidarität mit dem palästinensischen Volk



Im Gedenken an den 29. November 1947 — dem Tag an dem die Vereinten Nationen unter völliger Mißachtung des politischen Willens der großen Mehrheit der damaligen Einwohner Palästinas die Teilung des Landes beschloß, wird seit Jahren der 29. November international als Tag der internationalen Solidarität mit dem palästinensischen Volk begangen.

In diesem Jahr wird aus diesem Anlaß das **Nationale Palästinensische Folklore Ensemble** in der Bundesrepublik gastieren.

Eröffnet wird die Tournee des Ensembles auf einem Empfang des Doyen der Vertretung der Liga der Arabischen Staaten und dem PLO-Vertreter in Bonn am 28. November. Danach tritt das Nationale Folklore Ensemble noch in folgenden Orten auf: 1.12.85, **Frankfurt**, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, 16.00 Uhr. — 4.12.85, **Hamburg** 13, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13, 18.00 Uhr. — 6.12.85 **München**, Künstlerhaus, Limbachplatz 8, 18.00 Uhr. — 8.12.85, **Wuppertal-Elberfeld**, Stadthalle, Gelber Saal, 16.00 Uhr.

Kommuniqué der MAP-ML Nicaraguas

„Schlagt die Bourgeoisie, nicht die Arbeiter"

Zum Notstand, den die Sandinisten ausriefen

Unter der Überschrift „Schlagt die Bourgeoisie, nicht die Arbeiter" veröffentlichte die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) in Nicaragua ein Kommuniqué der Partei zur Einschätzung des jüngst von der sandinistischen Regierung verkündeten Notstandes. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dieser Stellungnahme.

Unserer Meinung nach dürfen sich die Schläge gegen die innere Reaktion und den Imperialismus nicht auf die Ausrufung immer neuer Notstände gründen. Wir, die Arbeiterschaft muß ständig mobilisiert sein, um der inneren Reaktion, ihren lebenden Kräften, Schläge zu versetzen. Die grundlegenden Feinde des Volkes und der Arbeiterklasse von Nicaragua sind die Bourgeoisie und der Imperialismus und gegen sie müssen sich die revolutionären Kräfte der Massen, die Volksmobilisierung zur Verteidigung des Landes und der Revolution richten.

Aber in Nicaragua entwickelt es sich so, daß die Sandinisten von der Macht und die Revisionisten von der Opposition her auf eine Übereinkunft mit der Bourgeoisie hinarbeiten, die sogenannte Nationale Einheit. So kommt es, daß jedesmal, wenn die Sandinisten gezwungen sind, den Notstand zu erklären, dies Sozialpakt, Sozialpartnerschaft, Nationale Einheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bedeutet.

Der Sandinismus und der Revisionismus in der Opposition versuchen dies zu befestigen, sei es durch Überredung in verfassungskonformen Zeiten, sei es durch Gewalt in Notstandszeiten wie jetzt: Durch die Stärkung der gemischten Wirtschaft und der Nationalen Einheit.

Indem sie alles unbeschränkt aufheben, die Garantie und das Recht auf freie Meinungsäußerung für das Volk, der gewerkschaftlichen Organisierung, Streiks, Volksorganisation und -mobilisierung und zur selben Zeit das Recht auf Privateigentum aufrechterhalten und der Bourgeoisie Geld und Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, wird deutlich, daß für diese Art Notstand vor allem auf die Arbeiterbewegung, auf die fortgeschrittensten Teile der Volksbewegung zielt. Die Rechte der Arbeiter müssen wiederhergestellt werden, damit der Nostand nicht sie trifft, sondern die innere Reaktion. Wir sind für einen antiimperialistischen, antibürgerlichen und antibürokratischen Notstand. Aber nicht für einen Notstand der nur die Verhandlungsposition der Regierung mit der Bourgeoisie im Land und in der Contadora verbessern soll.

Warum ruft der Sandinismus die Massen nur über Notstände zum Kampf gegen die innere Reaktion auf? Warum keine alltägliche Mobilisierung? Die Logik ist, daß sie weiterhin auf die Klassenzusammenarbeit setzen. Es ist notwendig den Massen die Rolle der gemischten Wirtschaft und der Nationalen Einheit aufzuzeigen als Grundlage von der sich die konterrevolutionären Kräfte ihre Energien holen. Das Proletariat hat nur den Weg des offenen Kampfes. Die ökonomischen Krise muß von den großen Unternehmern bezahlt werden, nicht nur die Zuschüsse müssen ihnen gestrichen werden, sondern um die Verteidigungsfähigkeit der Arbeiter und der Revolution zu verbessern, müssen mindestens die Exportgewinne dieses Jahres beschlagnahmt werden, um Krise und Aggression mit diesen Mitteln bekämpfen zu können.

Der Kampf der Arbeiter gegen die revisionistisch-bürgerliche Konspiration muß ebenso verstärkt werden, wie der gegen den Imperialismus. Wir müssen uns sowohl bei der inneren wie der äußeren Verteidigung auf die Massen stützen. Wir brauchen die Reaktivierung der Volksmilizen als grundlegende Achse der militärischen Verteidigung des Landes und der Revolution, die Manöver des COSEP (Unternehmerverband, RM) müssen auf allen Gebieten durchkreuzt werden, wie auch die der katholischen Hierarchie. Abschließend: Wir werden dafür kämpfen, daß der Notstand nicht die Arbeiter unterdrückt.

Managua, 19. Oktober 1985

Kolumbien

Guerillaführer der ELP ermordet

Oscar William Calvo, der Führer der Guerillaorganisation Volksbefreiungsarmee ELP, die von der Kommunistischen Partei Kolumbiens-Marxisten-Leninisten geführt wird, ist am vergangenen Donnerstag in Bogota ermordet worden. Nur kurze Zeit nach dem Massaker an den M-19-Besetzern und den im Justizpalast gefangenen Menschen wird deutlich, daß die reaktionären Militärs im Lande die Politik bestimmen.

Genosse Calvo war Sprecher der ELP und der PCC-ML. Er hatte für die Volksbefreiungsarmee im vergangenen Jahr den Waffenstillstand mit der Regierung Betancur unterzeichnet. Seitdem war er Mitglied der staatlichen Friedenskommission. Nur wenige Stunden vor dem Attentat — er wurde auf offener Straße von Maschinengewehrfeuer getroffen — hatte er eine Pressekonferenz gegeben, in der er sagte, die ELP wolle sich noch an den Waffenstillstand halten, über eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei noch nicht entschieden. Die ELP war in den Tagen nach der Justizpalastbesetzung, wie die M-19 und die dritte bewaffnete Organisation, die FARC, die den Waffenstillstand unterzeichnet hatten, wiederholt von Militäreinheiten angegriffen worden. Calvo wollte die Angriffe der Militärs, die unter Bruch der Vereinbarungen mit der Regierung durchgeführt werden in die nächste Sitzung der staatlichen Friedenskommission zur Sprache bringen.

Nach dem Massaker der Militärs in Bogota hatte die ELP Verständnis für die Aufkündigung des Waffenstillstands durch die Guerillaorganisation M-19 geäußert, die schon lange vom Terror des Militärs betroffen war. Nach dem neuerlichen Verbrechen der Militärs, die sich als die wirklichen Herren des Landes aufführen, dürfte die Zeit des Dialogs im Lande vorbei sein. Ein Versuch, in Kolumbien Wege zu einer Demokratisierung zu gehen, werden nur im konsequenten Kampf gegen die Macht und den Einfluß der reaktionären Soldateska möglich sein.

Unsere Partei hat der Kommunistischen Partei Kolumbiens Marxisten-Leninisten und der ELP in einem Schreiben unsere Trauer und unser Mitgefühl über den Mord an dem Genossen Calvo ausgedrückt.

Informationsrundreise des PAC-Vorsitzenden

In Südafrika können Polizeibeamte und Soldaten für Gewalttaten gegen Azanier nicht mehr gerichtlich belangt werden. Ferner ist, solange der Kriegszustand andauert, der ausländischen Presse verboten, sich ohne Polizeiaufsicht im Lande zu bewegen. Das hat die südafrikanische Regierung Ende Oktober verfügt, und die westlichen Länder nahmen dies nicht zum Anlaß, ihre Haltung zum Apartheid-Regime zu überprüfen. Warum auch? Wenn zum Beispiel Daimler, wie jetzt beschlossen, seine Direktinvestitionen in Südafrika verdoppeln will, dann braucht die Firma eine beruhigte Öffentlichkeit. Die Desinformation ermöglicht es Staaten und Regierungen des freien Westens, die Früchte des rassistischen Terrors zu ernten und ihre Hände in Unschuld zu waschen, ja sogar sich als Gegner der Apartheid aufzuspielen.

Vom 10. bis 15. Februar 1986 wird Johnson Mlambo, der Vorsitzende des Pan Africanist Congress (PAC), zu einer Informationsreise in die BRD kommen. Der PAC ist eine Organisation der azanischen Befreiungsbewegung, die auch von der UNO und der Organisation der Afrikanischen Einheit OAU anerkannt wird. Der PAC vertritt die Ansicht, daß das azanischen Volk sein eigener Befreier ist. Zur sogenannten Rassenfrage heißt es im Manifest des PAC, daß es nur eine Rasse gibt: die menschliche Rasse. Die Rundreise des PAC wird von den unterzeichneten Organisationen unterstützt.

Für die Zukunft plant der PAC die Verstärkung seiner Informationsarbeit u.a. in der BRD. Die Rundreise soll mit einer Sammlung verbunden werden, die die Anschaffung notwendiger Büroeinrichtungen ermöglicht, um eine regelmäßige, unzensierte, allein vom Wunsch des azanischen Volkes nach Befreiung bestimmte Informationsverbindung zwischen dem südlichen Afrika und der BRD zu schaffen. Zur Unterstützung dieses Projekts sollen bis zum Abschluß der Rundreise 20000 DM gesammelt werden.

Informationen

Weitere Informationen sind über die Arbeitsgruppe zu erhalten, die von der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA zur Unterstützung der Rundreise gebildet wurde. Die Arbeitsgruppe ist zu erreichen über BWK, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel.: (0221) 517376, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231 / 433691

Spendenkonto

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Rüdiger Lötzer, BfG Köln Kto.-Nr. 215424 4600 (BLZ 370 101 11)

Korrespondenz aus Griechenland

Zum Tod von Michalis Kaltesis

Die Ereignisse

Am Sonntag, den 17.11.85, betreten abends um 23.45 Uhr nach den Kundgebungen zum Jahrestag des *Politechnio* drei Polizisten eine Imbißstube am *Exarchia*-Platz im Zentrum Athens, während zwei andere Polizisten in ein nahegelegenes Café gehen. Der *Exarchia*-Platz ist als das Zentrum dessen bekannt, was im Griechischen *„Perithorio"* genannt wird, also alle möglichen gesellschaftlichen Randgruppen, auch die politischen.

Die Stimmung war angeheizt durch die Kundgebungen und Feierlichkeiten rund um das *Politechnio*, die in diesem Jahr durch eine nicht gewohnte Politisierung gekennzeichnet waren. Zunächst war es zu Handgreiflichkeiten zwischen *PASOK* auf der einen und *KP* und *Eurokommunisten* auf der anderen Seite gekommen, die ihre Ursachen in den harten ökonomischen Maßnahmen der Regierung hatten (Abwertung der Drachme, realer Lohnabbau...). Im Anschluß an die Kundgebungen war es beim Marsch zur amerikanischen Botschaft zu Zwischenfällen von Seiten der Anarchisten gekommen. Zunächst hatten sie die Scheiben der Büros der südafrikanischen Fluggesellschaft S.A.A. eingeworfen, danach die der Cafeteria des Hilton-Hotels. Der Block der Anarchisten löste sich später auf, als sie allein auf große Polizeikräfte stoßen. Getrennt kommen sie zum *Exarchia*-Platz. Die Polizei bezieht Posten rund um den Platz. Das Erscheinen der Polizei ruft spontane Empörung hervor. Eine Gruppe versammelt sich vor der Imbißstube und ruft Parolen gegen die Polizei. Einige bekannte und politisch bewußte Genossen der außerparlamentarischen Linken sorgen



Der Tote Michalis Kaltesis

dafür, daß die Polizisten unbehelligt nach draußen kommen. Als einer der Polizisten sich aber umdreht und ruft: *„Jetzt werden wir euch fertigmachen!"*, beginnt die Jagd. Etwa 80 Leute, von der Presse in der Regel als Anarchisten bezeichnet, verfolgen die Polizisten, die durch Nebenstraßen rennen und nach wenigen hundert Metern in einen geparkten Mannschaftswagen springen.

Nun zunächst zur Darstellung der bürgerlichen Presse: Die Jugendlichen nähern sich unter der Parole *„Bullen, Schweine, Mörder"* dem Wagen, werfen Steine und Molotowcocktails. Der Mannschaftswagen fängt an zu brennen, die Polizisten kommen zum Angriff heraus, während die Jugendlichen den Kampf fortsetzen. Plötzlich werden *„mindestens drei"* Schüsse gehört. Die Kugeln bedeuten den Tod für Michalis Kaltesis, einen 15jährigen Jungen, der auf dem Bürgersteig liegenbleibt. Die Jugendlichen ziehen sich zunächst auf den naheliegenden *Strefi*-Hügel zurück.

Die Darstellung eines Augenzeugen, der aus verständlichen Gründen nicht genannt werden will, sieht anders aus: Michalis Kaltesis kommt mit einer Gruppe Jugendlicher aus entgegengesetzter Richtung (er will also zum *Exarchia*-Platz) am Mannschaftswagen vorbei. In diesem Augenblick wirft eine Gruppe von Anarchisten Molotow-Cocktails in den Mannschaftswagen, ohne daß diese explodieren und verschwindet in einer Nebenstraßen. Michalis Kaltesis bleibt allein stehen und sieht, wohl aus Neugier, zum Mannschaftswagen hinüber. Bevor auch nur ein Polizist aussteigt, kommen von halbrechts hinten zwei Polizisten um die Ecke. Der eine ermordet Michalis Kaltesis durch Kopfschuß von hinten.

Gegen 2.00 Uhr nachts besetzen etwa 30 bis 40 Anarchisten die Chemische Fakultät der Uni, ein Gebäude im Zentrum von Athen, und verbarrikadieren sich, während es um den *Exarchia*-Platz und an anderen Stellen zu weiteren Straßenkämpfen kommt. Starke Polizeikräfte riegeln die Straßen um die Chemische Fakultät ab, was unter anderem am nächsten Morgen zu einem Erliegen des Verkehrs in der Innenstadt führt. Fast die gesamte außerparlamentarische Opposition ruft zu einer Demonstration am Montagnachmittag um 17.00 Uhr auf. Ein Dreiergremium unter der Leitung des Rektors der Universität Statopoulos, beschließt vormittags die Aufhebung des sogenannten politischen Aslys der Universität, das die *PASOK*-Regierung im Hochschulrahmengesetz garantierte. Mobile Einsatzkommandos der Polizei stürmen am späten Vormittag die Chemische Fakultät und nehmen die Besetzer fest.

Ab 15.00 Uhr versammeln sich im und am *Politechnio* Demonstranten. Viele von ihnen bleiben im *Politechnio*, etwa die Hälfte beginnt gegen 17.30 Uhr die Demonstration, unter ihnen Anarchisten, Marxisten-Leninisten und Trotzkisten. Der Zug spaltet sich am zentralen *Omonia*-Platz: Marxisten-Leninisten und Trotzkisten ziehen weiter, während die Anarchisten rund um den Platz ziehen, um danach in etwa 200 m Entfernung vom anderen Block weiterzugehen. Sie zerschlagen auf beiden Seiten der Straße die Scheiben aller Banken und werfen Molotow-Cocktails hinein, von denen aber nur zwei hochgehen. Polizeikräfte greifen zunächst die Anarchisten, dann auch den anderen Block an. Nach Straßenkämpfen löst sich die Demonstration auf. Kleinere Gruppen marschieren getrennt zum *Politechnio*, das inzwischen von den zurückgebliebenen besetzt worden ist. Am frühen Abend befinden sich mehr als tausend Personen in und am *Politechnio*, wo gegen 19.00 Uhr die große Straßenschlacht beginne. Polizeikräfte versuchen, die Demonstranten und Besetzer des *Politechnio* zurückzudrängen, werden von diesen aber mit Steinen zurückgedrängt. Die Scheiben der Geschäfte gehen zu Bruch, Brände werden gelegt, in einen PKW, in dem zwei zivil gekleidete Personen (wahrscheinlich Polizisten) sitzen, werden zwei Molotow-Cocktails geworfen.

Die Anweisungen an die Polizeikräfte besagen zu diesem Zeitpunkt, sie mögen sich „diskret" verhalten. Das ändert sich nach vielstündigen Zusammenkünften von Ministern und Polizeioffizieren erst gegen 3.00 Uhr nachts, als der Befehl gegeben wird, mit geballtem Einsatz aller Kräfte, die Straßen rund um das *Politechnio* zu „säubern". In wenigen Minuten gelingt es der Polizei. Für eine Viertelstunde wird ununterbrochen Tränengas ins *Politechnio* geschossen, dann folgen für eine weitere Viertelstunde Wasserwerfer. Danach zieht sich die Polizei zurück, um den Faschisten (E.Pi.E.N. und anderen rechtsradikalen Organisationen) Platz zu machen, die zunächst — paramilitärisch ausgerüstet — Steine werfen, dann Anstalten machen, das *Politechnio* zu stürmen, was ihnen aber nicht gelingt. Der Kampf geht bis in die Morgenstunden. Gegen 10.00 Uhr greift die Polizei ein und entfernt die Faschisten. Um 12.00 Uhr gibt das Besetzer-Komitee eine Pressekonferenz. Auf der Vollversammlung der Besetzer wird nach Verhandlungen mit dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der Beschluß gefaßt, das *Politechnio* friedlich zu verlassen. Marxisten-Leninisten und Trotzkisten veranstalten am Nachmittag eine friedliche Demonstration, die Anarchisten zerstreuen sich. Die vom Allgemeinen Griechischen Studentenverband (unter Führung von *KP* und *Eurokommunisten*) angesagte Demonstration wird abgesagt, die Eurokommunisten demonstrieren allein.

ZUR INFORMATION

Direkt nach Bekanntwerden des Polizeimordes in Athen (siehe RM 47, S. 7), rief ein Genosse unserer Partei einen Freund in Athen an, der „in aller Eile", wie er schrieb, den Bericht über die Ereignisse und die wichtigsten Punkte zu einer Einschätzung verfaßte.

Wir möchten uns beim Autor herzlich bedanken und geben an dieser Stelle noch einige Hinweise zum Verständnis der Vorgänge in Griechenland.

Das oft erwähnte **„Politechnio"** hat seine Bedeutung von der Besetzung dieses Instituts der Technischen Hochschule im Jahre 1973. Mit der Besetzung dieses Gebäudes in der Zeit der Diktatur der (NATO und CIA-gesteuerten) Obristen begann ein Prozeß des massenhaften Widerstands der 1974 zum Sturz der Militärherrschaft führte.

Einige Worte zu den im Artikel erwähnten Parteien: Die **PASOK** ist die seit 1981 die Regierung bildende *Panhellenistische Sozialistische Bewegung*, ihr Führer Andreas Papandreou. Die Partei hat mit lauthals verkündeten linken Parolen und starkem verbalen „Antiamerikanismus" die Wahlen gewonnen. Die anderen erwähnten Parteien sind die seit langem gespaltenen **Kommunistischen Parteien.** Im Volksmund nach dem vermuteten Sitz der jeweiligen Zentrale KP-Inland und KP-Ausland genannt, handelt es sich einmal um die stärkere moskautreue Partei (im Artikel immer die KP genannt) und die kleinere, im Artikel eurokommunistisch genannte KP, die sich weit kritischer zur Regierung verhält als die andere.

Über die Kämpfe gegen das Wirtschaftsprogramm der PASOK berichtete der RM schon in den Ausgaben Nr. 46 und 47. Die erwähnte Spaltung der Gewerkschaft hängt damit zusammen. Die PASOK-treuen Führer wollten Kritiker der Regierungspolitik absetzen und verloren daraufhin aber selbst die Führung. Die der Regierungspolitik kritisch gegenüberstehende Gewerkschaftsführung hat offensichtlich großen Rückhalt, wie der erfolgreiche Generalstreik gegen das PASOK-Sparprogramm vom 14.11. bewies.

Der Versuch einer Einschätzung

1. Der Staatsapparat: a) Die Brutalität des Vorgehens der Polizei war zumindest seit '81 (Regierungsantritt *PASOK*) einmalig. Selbst die bürgerliche Presse vergleicht es mit den Vorfällen von 1973 und behauptet z.T., es sei schlimmer gewesen. Das steht in Verbindung mit **b)** der Modernisierung des Polizeiapparates: Die Räumung der Chemischen Fakultät wurde von speziellen Kommandos übernommen, die nach westeuropäischem Vorbild ausgebildet und ausgerüstet waren. Im Einsatz waren sie ausgesprochen effektiv(!): Die Räumung war nach zehn Minuten abgeschlossen. Auch der Einsatz chemischer Waffen war nach Qualität und Quantität neu: Tränengas, Rauchbomben, Reizgas. **c)** Zum ersten Mal wurde das unter *PASOK* eingeführte Uni-Asyl, das unter anderem die Studentenbewegung gefordert hatte, gebrochen. **d)** Das Zentrum von Athen war für 1 1/2 Tage unregierbar.

2. Die politischen Parteien: *PASOK* wurde durch den Mord in die Defensive gedrängt. Papandreou versprach weitreichende Untersuchungen und strenge Bestrafung der Schuldigen (natürlich alles Quatsch). Im Vordergrund stand — wie immer in Griechenland — in den Erklärungen nicht so sehr der Versuch, eine *„Einheit der Demokraten"* zu beschwören (natürlich lehnten alle das Vorgehen der Demonstranten und Besetzer, aber auch der Polizei ab), sondern Profit für die eigene Partei herauszuschlagen. Rechte Zeitungen sprachen von dem Mord als von einer „Hinrichtung", *PASOK* machte die *KP* und die *Eurokommunisten* für eine „Atmosphäre der Unsicherheit" verantwortlich, die die Grundlage für alle Vorfälle sei, die *KP* spricht von einer *„Inszenierung"* der Vorfälle durch die Regierung, um von den wesentlichen Fragen (ökonomische Krise, Verarmung breiter Bevölkerungskreise) abzulenken, usw.

Prognosen, die man tatsächlich wagen kann: 1.: Vorübergehend war das Interesse zumindest der Athener Bevölkerung tatsächlich auf die Vorfälle konzentriert. **2.:** Tatsächlich hat es die Regierung geschafft, nach dem Mord an dem Jugendlichen, der zunächst zu Empörung gegen die Polizei geführt hatte, bei weiten Bevölkerungskreisen zu Empörung gegen „die Anarchisten" umzuwandeln, indem sie der Polizei Anweisung zur „Diskretion" gab. Ich vermute, daß generell die Bereitschaft gewachsen ist, auch härtere Maßnahmen gegen „Anarchisten" zu akzeptieren. Die Existenz der neuen Kommandos zeigt, daß die *PASOK* sich auf größere Unruhen vorbereitet.

3. Der Charakter der Widerstandsbewegung (Der schwierigste Punkt). Die Parolen, die meines Wissens von allen Beteiligten getragen wurden, waren:

- Nieder mit dem staatlichen Terrorismus
- Auflösung von *MAT* und *MEA* (das sind die bei „inneren Unruhen" eingesetzten Polizeikräfte)
- Entwaffnung der Polizei
- Augenblickliche Verurteilung der Mörder von Kaltesi
- Die repressive Anti-Arbeiterpolitik von *PASOK* wird keinen Erfolg haben.

Eindeutig im Vordergrund standen Parolen zur direkten politischen Repression, zum Polizeiapparat. Die *PASOK*-Regierung ist dem „Linksradikalismus" auf zwei Arten entgegengetreten: Unter anderem bei Regierungsantritt mit dem Versuch, sie zu integrieren und durch finanzielle Vorteile ungefährlich zu machen. Das ist ihr in einer ganzen Reihe von Fällen, besonders bei Intellektuellen, gelungen. Dann aber auch durch stärkere Repressalien gegen all die, die nicht integrationswillig oder -fähig sind. Die Aufmerksamkeit von Polizei und „Linksradikalen" richtet sich seit einiger Zeit auf den *Exarchia*-Platz, dem schon erwähnten Versammlungsort der „Randgruppen", wo unter *PASOK* eine Fußgängerzone mit „angesehenen" Läden entstand, unter anderem aber auch eine neue Polizeistation eingerichtet wurde, die für intensivere Präsenz der Bullen sorgt. Auch bei letzten, kleineren Unruhen kämpften die Anarchisten und MLer und Trotzkisten gegen die (dem Griechischen nachempfundene:) *Polizei-isierung* der Gegend. Die politischen Gruppen, die von den Repressalien betroffen sind, sind zu einem kleinen Teil die Eurokommunisten, im wesentlichen die außerparlamentarische Linke. Diese wiederum setzt sich aus zwei Blöcken zusammen: auf der einen Seite politische Organisationen der „radikalen Linken", die historisch wie in ganz Europa aus der Bewegung von '68 (bzw. in Griechenland mit dem Sturz des Faschismus 1974) hervorgehen, also Marxisten-Leninisten und Trötzkisten. Auf der anderen Seite die — zumindest in den jetzigen Unruhen in der Mehrheit und aktiver — „Anarchoautonomer", deren Einschätzung schwerfällt. Einige praktische Anhaltspunkte: Obwohl bei den Besetzern und Demonstranten in der Mehrheit, waren sie bei den Vollversammlungen im *Politechnio* in der Minderheit: Sie zogen es vor, sich zur gleichen Zeit Schlachten mit der Polizei zu liefern. — Die große Mehrheit der Anarchoautonomen war jünger als zwanzig. — Die aktuellen Kampfparolen in den Straßenschlachten waren häufig der Sprache in den Fußballstadien entlehnt. — Punk-Kleidung ist häufig anzutreffen.

Die Interpretation, die mir als wahrscheinlich richtig erscheint, ist, daß es zwar anarchistische Gruppen gibt, die sich politisch bewußt und reflektiert zur Anarchie bekennen, daß aber auch diese Gruppen und ihre Organe (Zeitschriften) die Menge der Besetzer nicht „kontrollieren" oder auch kaum orientieren. Bei diesen handelt es sich um junge Leute, die *„no future"* durch die Veränderungen in der Ökonomie (strukturelle Arbeitslosigkeit), im Bildungssystem (keine Möglichkeit des „Bildungsaufstiegs für Leute, die keine Privatschulen bezahlen können) und in der Politik am eigenen Leibe erfahren und die Wut über Auswegslosigkeit des eigenen Lebens gegen die Verursacher wenden.

Kurz zur allgemeinen politischen Situation: Durch die Vorfälle wurde im politisch bewegten Leben der letzten Zeit ein neuer Akzent gesetzt. Nach Verkündung der neuen „ökonomischen Maßnahmen" durch die *PASOK*-Regierung kam es zu einer **fast** vollzogenen Spaltung der Gewerkschaften, und zwar „von oben", ein Generalstreik legte am 14.11. das Land lahm. Nach einem langen Stillhalteabkommen zwischen *PASOK* und *KP* kommt es jetzt wieder zu harten Auseinandersetzungen, weil die *KP* den Unmut nicht mehr anders kanalisieren kann. Die Anarchoautonomen haben jetzt die Aufmerksamkeit auf die Repressionsmaschinerie gelenkt. Natürlich werden sie von der parlamentarischen „Linken" beschimpft (nur die Eurokommunisten sind in ihrer Einstellung manchmal ambivalent (doppeldeutig, RM)). Die gründliche „Reinigung" des *Politechnio*, in dem vereinzelte Anarchisten verblieben waren, übernahm die Jugendorganisation der *KP*.

Die Gruppe Arbeiterpolitik zum Sonderparteitag der KPD

Wir sind als Gäste zu eurem Sonderparteitag, der über einen neuen Programmentwurf und die Vereinigung der KPD mit der GIM beraten soll, eingeladen. Wir sehen dies als ein Zeichen dafür an, daß ihr auch in der Zukunft sowohl auf eine praktische Zusammenarbeit als auch grundsätzliche Diskussion mit uns Wert legt. Aus den bisherigen Diskussionen — z. B. den gemeinsamen Seminaren von Genossen der KPD und unserer Gruppe in Bremen — wißt ihr, daß wir uns stets darum bemüht haben, zu euch ein korrektes und sachliches Verhältnis zu bewahren, auch dann, wenn wir bedeutsame unterschiedliche Auffassungen hatten. Wie bisher gehen wir auch jetzt davon aus, daß bei gutem Willen — den wir bei den meisten eurer Mitglieder voraussetzen — mit der Zeit die politischen Differenzen auf Grund der Erfahrungen geklärt werden können.

Ihr habt auch an uns die Aufforderung gerichtet, an dem Vereinigungsprozeß mit der GIM oder anderen linken Gruppen teilzunehmen. Wir haben das abgelehnt, weil unserer Auffassung nach organisatorische Zusammenschlüsse linker Gruppen — wie sie heute noch bestehen — ohne eine wirkliche Basis in einer sich erst entwickelnden Bewegung der Arbeiter und Angestellten nicht nur verfrüht wären, sondern einen neuen Irrweg darstellen, mehr oder weniger nur eine Fortsetzung der bisherigen Parteigründungsversuche der Linken. Wir sollten stattdessen die bisherige Entwicklung, also auch eure eigene Geschichte, kritisch hinterfragen. Dazu wollen wir einige Bemerkungen machen — und zwar als solidarische Kritik, wie sie im Interesse der Zukunft der Bewegung notwendig ist.

Organisationsfragen

Die KPD/ML und heutige KPD hat in den 60er und 70er Jahren versucht, organisatorische Strukturen, wie sie von der KPD der Weimarer Republik bekannt sind (Zentralkomitee, Bezirksleitungen, usw.) zu schaffen. Diese Kopie früherer Organisationsformen haben nicht den fehlenden Inhalt ersetzen können. Sie haben weder die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung der Weimarer Zeit kritisch überdacht, noch sind sie den heutigen Bedingungen angemessen. Wer aber glaubte (und noch glaubt), man könne einfach da weiter machen, wo die KPD 1933 gescheitert ist, muß enttäuscht werden. Denn die weltpolitischen Rahmenbedingungen für unsere politische Arbeit sind **nach** dem 2. Weltkrieg entscheidend andere als **vor** dem 2. Weltkrieg. Darüber hinaus sind sie wiederum andere in der Krise als sie es in der Hochkonjunktur waren. Deshalb ist es falsch, Kräfte in einen möglichst perfekten Aufbau alter Organisationsformen zu stecken. Vielmehr ist es zur Zeit notwendig, das Zeitgeschehen in seiner Veränderung zu begreifen, um es den Arbeitern und Angestellten begreiflich zu machen. Dazu ist es weniger angebracht, den Marxismus oder Leninismus als Glaubensbekenntnis im Munde zu führen, als vielmehr die Methode des dialektischen Materialismus auf die gegebenen Verhältnisse anzuwenden. „Profilierung" kann nicht Zweck und Inhalt unseres politischen Wirkens sein.

Die Arbeiter sehen heute, daß eine große Partei wie die SPD immer weniger in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten, sie politisch zu führen. Alle bisherigen Parteigründungsversuche haben nur dazu beigetragen, daß ein richtiger Gedanke (die Notwendigkeit einer revolutionären Partei) bei den Arbeitern und Angestellten in Verruf kam; auch euer und jeder andere neue Versuch, auch wenn er vom besten Willen getragen ist, kann keine andere Wirkung haben. Dasselbe gilt auch von den verschiedenen Gründungsversuchen einer neuen Internationale. Erst wenn entscheidende Teile der Arbeiterklasse danach drängen, daß der revolutionäre Wille sich organisiert, erst dann wird dieses Problem akut und wird eine kommunistische Partei eine solide Grundlage bekommen.

Worum geht es? — Ohne bei den Arbeitern und Angestellten, die jetzt in der Krise nachzudenken beginnen, politisches Vertrauen erworben zu haben, kann keine kommunistische Partei, ob groß oder klein, auf die Dauer existieren. Ob eine kommunistische Partei unter den Bedingungen des niedergehenden Kapitalismus in der ganzen Welt überhaupt noch eine Massenorganisation sein kann, muß sorgfältig überdacht werden. Es kommt heute nicht auf die Vergrößerung der Organisation an, nicht auf die Etikette, mit der man sich schmückt („revolutionäre Organisation", „revolutionäre Sozialisten"), sondern wie am besten auf Arbeiter und Angestellte eingewirkt werden kann (besonders auf die Jugend), daß sie Inhalt und Aufgabe der revolutionären Bewegung erfassen und weitertragen. Jeder einzelne, der dazu fähig wird, ist mehr wert als 100 Karteileichen oder gar Leute, die kleinbürgerliche Vorstellungen unter den Arbeitern verbreiten.

Die Gewerkschaftsfrage

Wir haben als Kommunisten die geschichtliche Aufgabe, den Arbeitern und Angestellten einen Ausweg zu zeigen, den politisch führungslos werdenden Kollegen politischen Halt zu geben. Dies gilt gerade jetzt, wo die Politik der Gewerkschaften und der SPD sich in der Krise als unfähig erweist, den Arbeitern und Angestellten einen Ausweg zu zeigen.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche im vorigen Jahr hat die Beschränktheit der Politik der deutschen Gewerkschaften in der BRD deutlich vor Augen geführt. Der gewerkschaftliche Kampf ist immer nur gegen die **Folgen** der kapitalistischen Ausbeutung gerichtet und daher im wesentlichen systembewahrend. Das liegt daran, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus zum Inhalt haben.

Darüber hinaus zeigt sich in der BRD eine besondere Beschränkung in der Tatsache, daß die Gewerkschaften in ihrer Grundlage keine Klassenkampforganisationen sind, daß sie also schon dort versagen müssen, wo der kollektive gewerkschaftliche Kampf in der Krise beginnt — wie um die 35-Stunden-Woche, die Betriebsbesetzungen. Wir vermissen bei den Genossen der KPD und der RGO eine ernsthafte kritische Verarbeitung dieser Erfahrungen. Es ist völlig abwegig, losgelöst von den Kräfteverhältnissen „Forderungen" zu Lohn und Festgeld zu diskutieren (wie auf dem RGO-Kongreß), während bei den Arbeitern die Angst um die Arbeitsplätze und die Folgen der Flexibilisierung um sich greift, und sie unvorbereitet findet. Was gerade jetzt not tut, daß ist die Überwindung der traditionellen gewerkschaftlichen Aktivitäten. Schon jetzt entsteht für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, in den Betrieben unterschiedliche Verhandlungen um die Betriebsvereinbarungen über die Betriebsräte zu führen. Diese Tendenz wird sich mit der weiteren Auswirkung der Tarifverträge noch verstärken und immer mehr auf den Abschluß von Betriebstarifen hinauslaufen, wie wir es schon von japanischen oder amerikanischen Gewerkschaftsverhältnissen her kennen. Der **Form** nach bleiben die Gewerkschaften dann zentraler Verhandlungspartner, der **Sache** nach regeln sie Löhne und Arbeitsbedingungen wie Betriebsgewerkschaften.

Wir müssen heute erkennen, daß es nicht genügte, für die 35-Stunden-Woche einzutreten. Der Kampf mußte auch politisch vorbereitet werden, es mußten die Voraussetzungen benannt werden, unter denen ein solcher politischer Kampf nur erfolgreich sein konnte. Weil der Streik wie eine bisherige Tarifbewegung geführt wurde, wirken die Folgen der Tarifvereinbarung — in der zugespitzten Situation der Druckindustrie — zersetzend auf den noch vorhandenen gewerkschaftlichen Zusammenhalt. Die Führung des DGB hat zwar die linken und kritischen Kollegen im Streik gut benutzen können (weil sie sich zu wenig unterschieden haben von der offiziellen Politik und Propaganda für die Arbeitszeitverkürzung), jetzt müssen diese aber auch — wie in den Großbetrieben der Druckindustrie — die Suppe für den DGB auslöffeln. Auch die KPD und RGO haben vor und im Streik die Propaganda des DGB mitgetragen, es ginge um die „Existenz" der Gewerkschaften. Auch im neuen Programmentwurf der KPD findet sich die Einschätzung, die Regierung ginge zusammen mit dem Kapital zum „Frontalangriff" über. Die Unternehmer kennen den Charakter des DGB besser als die KPD, sie brauchen diese Gewerkschaften noch als einen „Ordnungsfaktor", der die bestehende Unruhe in den Betrieben kanalisieren kann. Die Fehleinschätzung der KPD war früher, daß sie in den „Bonzen" die Ursache der gewerkschaftlichen Politik der Sozialpartnerschaft sahen und die klassenkämpferischen Kräfte unter den Arbeitern überschätzt haben, jetzt ist es die Illusion, gestützt auf die Gewerkschaftspolitik des DGB die politischen Kampf vorbereiten zu können.

In der Krise geht es viel mehr darum, den um sich greifenden Perspektivlosigkeit sowohl der Mitgliedschaft wie der Führung in einer Form entgegenzuwirken, die zumindest einer Minderheit in Betrieben und Gewerkschaften eine Perspektive aufzeigt. Auf längere Sicht geht es darum, aus den Kräften in Betrieben und Gewerkschaften einen selbständigen **politischen** Kern zu bilden, der Einfluß auf die Gewerkschaftsmitglieder gewinnt, um ihnen die Wegrichtung zum Sozialismus zu zeigen. Dazu bedarf es aber heute einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse und der offiziellen Gewerkschaftspolitik (auch wenn sie sich in Worten „links" gibt).

Die Stellung zum sozialistischen Lager

Dann ist unser Verhältnis zu den sozialistischen Staaten zu klären, am besten anhand der Widersprüche, die u. a. bei Arbeitskämpfen hier im Kapitalismus (z. B. britischer Bergarbeiterstreik/Polen) zu ihnen auftreten können. Diese werden auch in Zukunft auftreten, weil die Aufgabe einer Arbeiterklasse und Partei, die die politische Macht haben, andere sind als die einer Arbeiterklasse, die um die politische Macht erst noch kämpfen muß. Erstere müssen in der Regel alles tun, um die neuen gesellschaftlichen Grundlagen gegen die Feinde von innen und außen zu festigen, letztere müssen die Grundlagen der Gesellschaft, in der sie leben, bekämpfen, um sich zu behaupten. Die Stellung von Kommunisten zum sozialistischen Lager ist keine Frage des eigenen „Ideals" (wie es in eurem Programmentwurf dargestellt wird), sondern der sich zuspitzenden Konfrontation zweier weltpolitischer Lager, die den Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus verkörpern. Auf die Dauer ist da keine „Neutralität" möglich, am allerwenigsten in der BRD. Denn in keinem kapitalistischen Land werden die inneren, nationalen Klassengegensätze und Auseinandersetzungen derart von der weltpolitischen Entwicklung überlagert wie hier.

Die Politik der KPD, bzw. KPD/ML zeichnete sich dagegen dadurch aus, daß sie einfach das bei breiten Bevölkerungsschichten vorhandene Denken über die sozialistischen Ländern verstärkte, die tief verwurzelten Abneigungen durch ihre Parteipropaganda noch verschärfte. Unseres Erachtens hat die KPD damit nicht mehr gemacht, als den Massen nach dem Munde zu reden, anstatt zu erklären, warum die sozialistischen Staaten eine Entwicklung genommen haben, die den Vorstellungen von Sozialisten in den kapitalistischen Ländern nicht entspricht und auch nicht entsprechen kann. Die Arbeiter in den westeuropäischen Ländern sind vor allem vor den Opfern, die die Schaffung der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage in den zurückgebliebenen Ländern bedingten, zurückgeschreckt. Sie haben noch nicht verstanden, daß diese Grundlagen verteidigt werden müssen, auch wenn der Sozialismus in manchen Ländern nach dem 2. Weltkrieg „von oben", also wie in der DDR von der Roten Armee eingeführt wurde. Daß die Arbeiter und Angestellten heute nicht so denken, ist nicht verwunderlich, angesichts der langen kapitalistischen Aufschwungphase und der dadurch wiederbelebten kleinbürgerlichen Ideologie.

Die KPD hat der Verwirrung unter den Arbeitern Vorschub geleistet. Erst hat die KPD vertreten, daß es seit dem Tode Stalins in der SU keinen Sozialismus mehr gäbe, nur noch in Albanien und China. Dann galt die KP Chinas auch schon als konterrevolutionär, zuletzt wurde auch die Stalinzeit in Frage gestellt — wann ist Albanien an der Reihe? Wo sind die konkreten Untersuchungen der sozialistischen Länder durch die KPD? Übriggeblieben sind nur Thesen, an denen man festhält, weil die ernsthafte Untersuchung der sozialistischen Entwicklung zu unangenehmen Einsichten führen müßte. Wer bestimmt eigentlich, welches Land sozialistisch ist — das ZK der KPD oder der GIM, oder beide gemeinsam?

Immer dann, wenn Widersprüche und Probleme in der sozialistischen Entwicklung auftragen, werden die eigenen „Ideale" enttäuscht. Das erkennt man auch an eurem Programmentwurf: In ihm fallen nicht nur die Darstellung der heutigen Verhältnisse und der zukünftigen Gesellschaft auseinander, sondern es werden erneut Illusionen über einen „idealen Sozialismus" (oder wie die Trotzkisten sagen: „Den Sozialismus, den wir wollen...") verbreitet. Wer aber Illusionen über den sozialistischen Aufbau verbreitet, der muß auf dem Weg zum Sozialismus scheitern. Das kann man schon heute — wenn auch im kleinen Maßstab — beobachten. Nehmen wir nur als Beispiel die Politik der GIM — mit der ihr euch vereinigen wollt — gegenüber Polen:

Aus Unverständnis für die Existenzbedingungen des sozialistischen Lagers gegenüber dem Imperialismus rief die GIM zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen mit der DGB-Führung für „Solidarnosc" in Polen auf. Gewollt oder ungewollt kam sie damit in eine Reihe mit den Feinden des sozialistischen Lagers. Denn dieselben DGB-Führer übten ihrerseits zusammen mit der CDU und anderen reaktionären Kräften auch „Solidarität" mit „Solidarnosc". Zweck **ihrer** Solidarität war Schwächung des sozialistischen Lagers aus Feindschaft gegen den Sozialismus. Die Wirkung der GIM-Solidarität war dieselbe.

Man mag heute über diese oder jene Maßnahme in den sozialistischen Ländern vom Klassenstandpunkt aus verschiedener Meinung sein. Aber zu allererst muß man doch erkennen können, warum alle reaktionären kapitalistischen Kräfte — jenseits der eigenen Konkurrenz — in der Feindschaft zum sozialistischen Lager einig sind. Grundlage dieser Feindschaft ist eben der unlösbare Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Grundlagen hier und dort. Aus diesem weltpolitischen Klassengegensatz können wir uns nicht mit einem „dritten Weg" heraussteheln. Wir müssen uns — ob uns das gefällt oder nicht — für eine der beiden Seiten im weltpolitischen Gegensatz entscheiden. Wer „Neutralität" sucht, muß letztlich im Lager des Klassengegners landen.

Mit den Fragen zur Organisation, zu den Gewerkschaften und zu den sozialistischen Ländern haben wir nur drei Hauptpunkte unserer Kritik an eurer bisherigen Entwicklung herausgegriffen. Wir gehen aber keineswegs davon aus, daß alles was ihr gemacht habt, „verwerflich" sei oder oberlehrerhaft zu kritisieren ist. Auch wir suchen nach Wegen und können diese nur gemeinsam mit allen Kräften finden, die auf dem Boden des Klassenkampfes und des Sozialismus stehen.

Zur Stellungnahme der Gruppe Arbeiterpolitik

Die in dieser Nummer des Roten Morgen abgedruckte Stellungnahme der Gruppe Arbeiterpolitik an die Delegierten des Sonderparteitages unserer Partei beginnt nach einleitenden Höflichkeiten gleich mit einer Absage an die Bestrebungen zur Einheit der revolutionären Sozialisten.

Daß die Gruppe Arbeiterpolitik diese Absage an die Einheitsbestrebungen der revolutionären Sozialisten verbinden mit dem Angebot, auch in Zukunft praktische Zusammenarbeit und grundsätzliche Diskussionen fortzusetzen, ist ohne Zweifel gut gemeint und beides muß auch verwirklicht werden, aber man kann schlecht darüber hinwegsehen, daß ihre Stellungnahme inhaltlich wenig enthält, was eine Belebung der grundsätzlichen Diskussion und der praktischen Zusammenarbeit erleichtern könnte.

In ihrer Stellungnahme heißt es: „Wir haben als Kommunisten die geschichtliche Aufgabe, den Arbeitern und Angestellten einen Ausweg zu zeigen, den politisch führungslos werdenden Kollegen politischen Halt zu geben." Den Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, die uns zu Beginn ihrer Stellungnahme einladen, unsere eigene Geschichte kritisch zu hinterfragen, können wir als ein Ergebnis unserer selbstkritischen Betrachtung mitteilen: die ersten Jahre unserer Partei, die Euch offensichtlich mißfallen haben, waren mit Allgemeinplätze dieser Art geradezu gepflastert. Statt zu versuchen, die **politischen** Aufgaben der Kommunisten so genau wie möglich zu bestimmen, flüchtet man sich in die Abstraktion der „historischen" Aufgaben.

Die Frage, um die es geht, ist aber nicht, ob **„die Kommunisten"** eine geschichtliche Aufgabe haben. Die Frage ist, ob die Kommunisten, die heute etwa in der Gruppe Arbeiterpolitik, der KPD, der GIM usw. zusammengeschlossen sind, eine geschichtliche Aufgabe erfüllen oder ob die Geschichte an ihnen ohne viel Federlesen vorbeigeht. Die Frage entscheidet sich natürlich daran, ob wir als Kommunisten hier und heute in der Lage sind, die politischen Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erkennen und zu lösen.

Wir wissen aus Erfahrung: daß man sich in aller Bescheidenheit eine „geschichtliche Aufgabe" zuweist, kann man sich über manches hinwegtrösten — vor allem darüber, daß die politische Rolle, die man in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung spielt, bei weitem hinter dem Gewicht der „historischen Mission" zurückbleibt.

Aus der Sicht unserer Partei liegt dem Bemühen um die Einheit der revolutionären Sozialisten nicht zuletzt die Einsicht zugrunde, daß es um die Wahrnehmung geschichtlicher Aufgaben schlecht bestellt ist, wenn es nicht gelingt, die politische Rolle des organisierten revolutionären Sozialismus zu stärken.

Zur Gewerkschaftsfrage

In ihrer Stellungnahme stellt die Gruppe Arbeiterpolitik fest, der Kampf um die 35-Stunden-Woche im vorigen Jahr habe die Beschränktheit der Politik der deutschen Gewerkschaften in der BRD deutlich vor Augen geführt. Das ist schon richtig. Allerdings sollte man hinzufügen, daß die Beschränktheit der Politik der deutschen Gewerkschaften in den Tarifbewegungen der vorangegangenen Jahre noch weitaus deutlicher hervorgetreten ist, während im Kampf für die 35-Stunden-Woche durchaus auch Ansatzpunkte sichtbar geworden sind, diese Beschränktheit zumindest teilweise zu durchbrechen.

Man könnte erwarten, daß für diese von der Gruppe Arbeiterpolitik festgestellte Beschränktheit der Politik der deutschen Gewerkschaften nun auch konkrete, mit der westdeutschen Klassenkampfsituation und der westdeutschen Arbeiterbewegung zusammenhängende Ursachen genannt würden. Weit gefehlt: „Der gewerkschaftliche Kampf ist immer nur gegen die **Folgen** der kapitalistischen Ausbeutung gerichtet und daher im wesentlichen systembewahrend. Das liegt daran, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus zum Inhalt haben."

Diese Art von Beschränktheit aber trifft auch für die NUM zu. Sie trifft zu für die Gewerkschaften in praktisch allen kapitalistischen Industrieländern.

Wohlgemerkt: diese allgemeinen Aussagen zur Beschränktheit des Kampfes der Gewerkschaften sind im allgemeinen zutreffend, aber sie ersetzen keine konkrete politische Einschätzung. Nur gestützt auf solch allgemeine Erkenntnisse kann man die Rolle eines Streiks wie denfür die 35-Stunden-Woche in der Klassenkampfentwicklung nicht richtig beurteilen. Letztendlich kann man nur feststellen, daß er beschränkt war, weil er nicht bis zum Kampf um die Macht geführt wurde. Und weil man so schön in Fahrt ist, stellt man auch noch gleich fest, daß der Kampf systembewahrend war, weil er nicht systemsprengend gewesen ist; denn was nicht weiß ist, muß nun einmal schwarz sein.

Aufgrund dieser Betrachtungsweise kommt man dann auch zu folgender Behauptung: „Auch im neuen Programmentwurf der KPD findet sich die Einschätzung, die Regierung ginge zusammen mit dem Kapital zum Frontalangriff über. Die Unternehmer kennen den Charakter des DGB besser als die KPD, sie brauchen diese Gewerkschaften noch als einen „Ordnungsfaktor" der die bestehende Unruhe in den Betrieben kanalisieren kann."

Wenn es so einfach wäre, warum dann die von den Unternehmern geforderte Neuregelung des § 116 AFG? Offensichtlich doch deshalb, weil die Unternehmer Gewerkschaften, die einen Streik führen, wie ihn die IG Metall und die IG Druck & Papier geführt haben, so dringend nun auch wieder nicht brauchen. Wahrscheinlich durch Profitgier verblendet, sind die Unternehmer wohl auch nicht in der Lage, den „systembewahrenden" Charakter derartiger Kämpfe so klar zu erkennen wie die Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik.

Dieser abstrakten und ultralinken Kommentierung der Gewerkschaftsbewegung entspricht nach unseren Beobachtungen keineswegs eine angemessene linksradikale Tätigkeit der Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik. Im Gegenteil ist ihre Haltung gegenüber Bestrebungen, organisiert die klassenkämpferische Tendenz in den Gewerkschaften zu stärken, nach unseren Erfahrungen gelinde gesagt reserviert.

Wir mögen uns irren, unser Eindruck aber ist, daß es damit zusammenhängt, daß die Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik der politischen Auseinandersetzung um den politischen Kurs der Gewerkschaften geringe Bedeutung beimessen, wie sie überhaupt den politischen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung unter der Schwelle „Sozialismus oder Kapitalismus" eher gleichgültig gegenüberstehen.

Zur Parteifrage

„Es kommt heute nicht auf die Vergrößerung der Organisation an, nicht auf die Etikette, mit der man sich schmückt („revolutionäre Organisation", „revolutionäre Sozialisten"), sondern wie am besten auf Arbeiter und Angestellte eingewirkt werden kann (...), daß die Inhalt und Aufgabe der revolutionären Bewegung erfassen und weitertragen.

An anderer Stelle der Stellungnahme wird gesagt, daß es auf längere Sicht darum gehe, an den Kräften in Betrieben und Gewerkschaften einen selbständigen **politischen** Kern zu bilden, der Einfluß auf die Gewerkschaften gewinnt, um ihnen die Wegrichtung zum Sozialimus zu zeigen." Um welche Politik bildet sich dieser „politische Kern"? Haben die „Kräfte in Betrieben und Gewerkschaften", um die es der Gruppe Arbeiterpolitik geht, etwas mit den Kräften zu tun, die den Kampf für die 35-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt haben? Wenn der Kampf für die 35-Stunden-Woche systembewahrend ist, welche **„Wegrichtung"** zum Sozialismus soll den Gewerkschaftsmitgliedern gezeigt werden?

„Die Arbeiter sehen heute, daß eine große Partei wie die SPD immer weniger in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten, sie politisch zu führen." Welche Anhaltspunkte haben dieGenossinnen und Genossen für ihre Behauptung? Die Wahlen im Saarland oder in NRW? Oder soll diese Behauptung vor allem dazu dienen zu belegen, daß die Entwicklung spontan auf den Punkt zusteuert, an dem „entscheidende Teile der Arbeiterklasse danach drängen, daß der revolutionäre Wille sich organisiert"?

Nichts spricht dafür, daß es so läuft. Der sozialdemokratische Einfluß verschwindet nicht einfach aufgrund der spontanen Entwicklung. Der Einfluß der Unionsparteien in der Arbeiter- und Angestelltenschaft übrigens auch nicht. Er muß durch die revolutionären Sozialisten politisch bekämpft werden. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeiterbewegung steht die Frage, wie die Probleme, die die kapitalistische Entwicklung der Arbeiterklasse aufbürdet, im Interesse der Arbeiterklasse gelöst werden können. Weil wir auf die Frage der Beurteilung der osteuropäischen Länder nicht eingehen wollen, sei es nur am Rande vermerkt: für diese Auseinandersetzung ist die Frage, daß die Arbeiter- und Angestellten unseres Landes die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR, der Sowjetunion usw. nicht als akzeptable Lösung ihrer Probleme betrachten, schon von wesentlicher Bedeutung.

Diese politische Auseinandersetzung können die revolutionären Sozialisten als betriebliche Kerne nicht führen, weil sie sich keineswegs vor allem um betriebliche Fragen dreht und sich auch nicht vor allem betrieblich abspielt. Sie erfaßt die Gewerkschaften insgesamt, die ganze Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft. Wenn die revolutionären Sozialisten diesen politischen Kampf führen wollen, müssen sie sich auch politisch in einer Partei organisieren.

Dieser Fragestellung werden die Überlegungen der Gruppe Arbeiterpolitik nicht gerecht. Stoff für weitere grundlegende Diskussionen gibt's genug.

Horst-Dieter Koch

Fortsetzung von Seite 6

tatsächlich die Erforschung und Vorantreibung von Möglichkeiten eines Raketenabwehrschirms für eine fernere Zukunft beinhaltet, so ist dessen angepriesene Verwirklichung bestenfalls ein Propagandabluff. (...)

Neue Qualität der Weltraumrüstung

Zieht man alle militärischen Weltraumprogramme der USA in Betracht, so werden in den kommenden 5 Jahren sogar rund 45 Mrd. Dollar dafür ausgegeben. Schon heute dienen drei Viertel aller Weltraumausgaben und Satelliten militärischen Zwecken. Die Satelliten sind Hauptinstrumente der Spionage, die noch jedes Objekt in Fußballgröße im gegnerischen Territorium erkennen können, sie dienen zur Vermessung der Ziele oder der Anflugkarten für Cruise missiles oder der Entdeckung und Verfolgung gegnerischer U-Boote. Der Hauptteil der Kommunikation und Kommandostruktur des modernen integrierten elektronischen Schlachtfeldes ist auf die Weltraumrüstung angewiesen. (...)

An zwei Punkten sind die USA dabei, qualitative Durchbrüche im Weltraum zu erreichen: Der erfolgreiche Abschuß eines Satelliten durch eine vom Flugzeug abgeschossene Rakete in jüngster Zeit ist der Auftakt eines Antisatelliten-Programms, das die USA Ende der 80er Jahre in die Lage versetzt, sämtliche sowjetischen Satelliten innerhalb von wenigen Stunden vom Himmel holen zu können. (...)

Während sowjetische Satelliten immer nur nach Tagen, nach dem Abwurf von Fotokapseln Aufklärung bieten, sind die USA dabei, Satelliten und Sensoren zu entwickeln, die jederzeit ein reales Bild als Teil des integrierten Schlachtfeldüberwachung liefern können. (...)

Was steckt hinter der SDI-Forschung?

(...) Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß diese Projekte keineswegs ihren kriegerischen Sinn erst dann bekommen würden, wenn tatsächlich ein Raketenabwehrsystem funktionieren kann, sondern es ist die Erforschung möglichst perfekter Erkennungs- und Zielwaffen- und Kommunikationssysteme zum Inhalt hab, die der Kriegsfähigkeit auf allen Ebenen dienen soll. (...)

SDI und Eureka

(...) Auch wenn das Eureka-Programm mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die EG (noch) keine militärische Integration darstellt, unter ziviler (Tarn-)Flagge läuft, so tauchen alles andere als zufällig die Entwicklung derselben Computergenerationen, die Laserforschung u.a. auf, wie es Teil des SDI-Programms ist. Gerade Entwicklung, Forschung und Anwendung der Spitzentechnologie ist zentraler Austragungsort des ökonomischen Konkurrenzkampfes unter den imperialistischen Weltmächten, die sich ansonsten militärisch gegen ihre tatsächlichen und potentiellen Feind in Ost und Süd im NATO-Bündnis versammelt haben. (...)

Bisher war die Weltraumrüstung innerhalb der NATO alleinige Domäne der USA. Nicht nur im Falklandkrieg bedurfte Großbritannien deshalb der US-Hilfe, sondern noch immer kann Frankreich seine Atomraketen nicht ohne US-Hilfe in vorgesehene Ziele steuern. Schon längst sind europäische Konkurrenzprogramme im zivilen Sektor aufgebaut worden, nun drängt Europa selbst mit Macht zur Möglichkeit einer selbständigen Weltraumrüstung. So verwundert es kaum, wenn Frankreichs Präsident Mitterand unverholen erklärte, daß Eureka die Grundlage für ein militärisches Satellitenprogramm Europas liefern soll, was erst eine vollständig unabhängige französische Atomstreitmacht hervorbringen würde. So verwundert es ebenfalls nicht, wenn in der BRD die alte Vorstellung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht wieder mehr und mehr öffentliche Fürsprecher in allen etablierten Parteien findet. So verwundert es ebenfalls nicht, wenn in Bonner Regierungsstellen neben Eureka schon laut an eine „europäische Verteidigungsinitiative" gedacht wird.

Gerade weil in den herrschenden Kreisen darüber nachgedacht wird, ob europäische Rüstungsprogramme nicht einfacher durchsetzbar seien und auf größere Akzeptanz stoßen könnten, kann es nicht darum gehen, solche europäischen Lösungenals Ansatz der Friedensbewegung zur Aufsplitterung der NATO zu verkaufen, sondern die Weltraumrüstung ist unter zivilen Deckmänteln eines Eureka genauso abzulehnen wie als SDI-Programm.

(...)

Die Aufklärung zur Weltraummilitarisierung, die Ablehnung von SDI und Eureka muß einen zentralen Stellenwert in unserer Arbeit bekommen.

Dies darf aber nicht als Ersatz sondern als Ergänzung unserer bisherigen Abrüstungskampagne und -forderungen betrieben werden!

Warum wir den „Wissenschaftler-Appell" gegen SDI nicht unterstützen

(...)

1. Wir kritisieren, daß sich die Unterzeichner die Sorgen der Effektivität der Rüstungsausgaben und Forschungsgelder zu eigen machen, der vorliegende Appell überhaupt nur Teilaspekte der Weltraummilitarisierung und des SDI-Programms kritisiert und ablehnt und speziell die Weltraumrüstung der Europäer ausspart, die die SPD sogar begrüßt. Eine solche europäische Weltraumrüstung wäre ein zentraler Bestandteil und Voraussetzung einer in letzter Zeit verstärkt wieder propagierten Option einer europäischen Atomstreitmacht.

2. Wir kritisieren, daß bisherige Grundforderungen der Friedensbewegung mit diesem Appell ganz aus unserer zentralen Aktivität herausfallen sollen, obwohl in der BRD neue atomare Pershingraketen aufgestellt werden, im kommenden Jahr Cruise missiles folgen und auch noch andere neue Atomwaffenträger (z.B. die neuen Pershing-Raketen für die Bundeswehr) angeschafft werden sollen. Bekanntlich lehnt eine Reihe der SPD-Unterzeichner diese neuen Atomraketen keineswegs oder gar bedingungslos ab (sondern will sie ausgesetzt und angeblich mit Reagan „wegverhandeln" lassen).

3. Wir kritisieren, daß jetzt mit diesem Appell nicht nur die Einhaltung der Rüstungskontrollverträge pauschal zu unserem Anliegen gemacht werden soll, sondern darüber hinaus die „Glaubwürdigkeit" der westlichen Rüstungskontrollpolitik. Die sogenannte Rüstungs-„Kontrolle" erlaubte u.a. der Sowjetunion und den USA eine gigantische Anhäufung neuer Atomwaffen, dessen Potential sich im Rahmen dieser Verträge vervielfachen konnte.

Dieser Appell, dernun zur einzigen zentralen bundesweiten Kampagne der Friedensbewegung gemacht wird, ist ein entscheidender Schritt, der große Teile der Friedensbewegung zu einem Wahlunterstützungsunternehmen für die SPD machen würde. (...)

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Eiertanz?

Im „Roten Morgen“ Nr. 42 versucht der Führer der KPD seine unwissenschaftlichen Ausfälle gegen den Trotzkismus oder gegen das, was er für trotzkistisch hält, die unter anderem im RM vom 29.11.1975 abgedruckt wurden, für die „Vereinigungsstrategie mit Opportunisten à la GIM zurechtzuzimmern. Daß es nur ein Zurechtzimmern ist, wird nicht nur an dem von ihm vor 2 Jahren eingeleiteten Kurs deutlich, sondern zeigt sich auch an dem Artikel: Konterrevolutionäre Bande, oder Strömung des Marxismus.

Betrachtet man diesen Artikel oberflächlich, könnte man vielleicht zu der Auffassung kommen, daß dieser den Ansatz einer Selbstkritik darstellt, geht man jedoch in die Tiefe, so muß man leider feststellen, daß außer einer gewissen Liberalisierung sich nichts an der stalinistischen Ideologie geändert hat. Im „Roten Morgen“ vom 29.11.1975 behauptet H.D.K., daß die Leninisten für den Aufbau des Sozialismus in einem Land waren und die Anhänger Trotzkis dies sabotiert hätten.

In dem neusten Artikel von H.D.K. wird diese unwahre Behauptung keinesfalls überwunden oder gar kritisiert, sondern H.D.K. hält diese Behauptung bar jeden Beweises weiterhin aufrecht. Unter anderem schreibt er: „Wer die Dokumentation über die Vereinigungsverhandlungen zwischen KPD und GIM gelesen hat, wird festgestellt haben, daß sehr wohl einige „klassische“ Differenzen zur Sprache gekommen sind. Etwa die Frage des Sozialismus in einem Land...“ Hier zeigt sich ganz deutlich, um was es H.D.K. geht.

Es liegt ihm fern, die stalinistische Behauptung, daß Lenin für den Aufbau Behauptung, daß Leninfür den Aufbau des Sozialismus in einem Land eintrat und nur die Trotzkisten dagegen waren, zurückzunehmen. Nein, er will in diesem Abschnitt nur sagen, daß man ja jetzt nett zu den Trotzkisten sein könne, da es sich herausgestellt habe, daß diese — wie erstaunlich — ja gar nicht so trotzkistisch seien, wie man sie sich vorgestellt habe. Eine tolle Erkenntnis tut sich den KPD-Führern auf, daß nämlich die bösen Trotzkisten, ja eigentlich gute Trotzkisten sind, die nicht direkt gegen Stalins — oh Verzeihung — natürlich Lenins Theorie sind.

In Wirklichkeit verhält es sich jedoch anders. Zwar war Trotzki wie Lenin, dem heute so vieles unterstellt wird, für die Weltrevolution und gegen Stalins Theorie, doch begründet hat dies Lenin anders als Trotzki.

Lenin war der Auffassung, daß sich eine sozialistische Ökonomie in einem Lande nicht entwickeln könne und gleich gar nicht in einem unterentwickelten Land. Auf Parteitagen bzw. in seinen verschiedenen Werken hat er immer wieder betont, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land unmöglich sei. Selbst Stalin hat noch im April 1924 in seiner Schrift „Probleme des Sozialismus“ den Sozialismus in einem Land aus ökonomischen Gründen negiert. Dagegen hat Trotzkis in seinen Schriften gegen die stalinistische Konterrevolution immer den angeblichen Doppelcharakter des russischen Staates (d.h. einerseits keine Demokratie — sprich Arbeiterherrschaft, andererseits eine sozialistische Ökonomie) hervorgehoben. Um es deutlicher zu machen, Trotzki leugnete die Konterrevolution unter Stalin, (er nennt sie bürokratische Entartung) und leugnet den bürgerlichen Charakter der russischen Ökonomie. Daher waren die Trotzkisten einerseits für die Verteidigung der russischen und später der Ostblock-Ökonomie gegen den Privatkapitalismus, andererseits für das Auswechseln der politischen Führung, dies nannten sie „politische Revolution“.

Insofern kann sich es die GIM auch leisten, nichtssagenden Aussagen in der Plattform von sich zu geben, ohne ihre Linie zu ändern.

Doch zurück zum neusten Artikel von H.D.K. Daß dieser den Stalinismus nicht ernsthaft in Frage stellt, drückt sich auch dadurch aus, daß er den Schauprozeß in Rußland nicht generell ablehnt und am Ende seines Artikels gar die Volksfrontpolitik in Brasilien lobt.

So schreibt er unter anderem: „Ich glaube aber, daß Stalins Formulierung auch im Hinblick auf innere Auseinandersetzungen in der SU verhängnisvoll war. Nicht weil ich bezweifle, daß es im Zusammenhang mit der trotzkistischen Opposition und anderen oppositionellen Strömungen zu schweren konterrevolutionären politischen Verbrechen gekommen ist, sondern weil die Gleichsetzung der politischen Strömungen mit dieser und die Ersetzung der politischen Auseinandersetzungen durch die Aburteilung von Verbrechen, bis schließlich bestimmte Auffassungen selbst zu Verbrechen wurden, verhängnisvoll sind...“ Aha, so ist das also, die Prozesse waren richtig, man hat nur ein paar zuviele abgeurteilt! Ist das nicht die Sprache Chruschtschows. Hat nicht der Stalinist Chruschtschow ähnlich Töne von sich gegeben und demagogisch den Antistalinisten gespielt. Kochs Argumentation klingt ähnlich und gibt dem fabrizierten Arbeiterselbstverwaltungssirup einen bitteren Beigeschmack. Wenn die Führer der KPD glauben, mit derartigen „Korrekturen“ die Massen für die zukünftige Revolutionäre Sozialistische Partei Deutschlands zu begeistern, so sind sie auf dem Holzweg. Meines Erachtens läßt sich allein durch Flexibilisierung der stalinistischen Ideologie die Krise der KPD, die ähnlich wie zuvor bei KPD (Rote Fahne) bzw. KBW schließlich zur Auflösung führen könnte, nicht überwinden.

Mit solidarischen Grüßen

Sprachregelungen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich finde es richtig, daß an Sprache in bezug auf die Unterdrückung der Frau bewußter herangegangen werden soll. Es wurde Zeit! Allerdings wird der Sache kein Gefallen getan, schafft Mensch nur Wortmutationen à la man/frau. Umschreibungen, Satzumbau etc. sind oftmals günstiger. Lächerlich macht sich der RM allerdings, schafft er Monstren wie „Delegiertinnen“. „Delegierte“ ist sowohl männlich als auch weiblich. Es scheint mir fast, als wären einige Genossinnen und Genossen allzu schnell bereit, alte Dogmen durch neue zu ersetzen, anstatt endlich gewissenhaft richtig und falsch zu unterscheiden. Sollte der KB mit seinem schwarz-weiß-Vorwurf recht haben?

Mit solidarischem Gruß
W.P., Kiel

KUNG & FUH

Das irre Polizeitungsspiel

Die Dortmunder Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ ist, nachdem sie längere Zeit von der Bildfläche verschwunden war und nur innerhalb ihrer vier Wände gehaust hatte, wieder an die Öffentlichkeit getreten. Diesmal nicht mit einer neuen POLIZEItung mit Aufarbeitung der neuesten Polizei(über)griffe in Artikelform, sondern mit einem Spiel: KUNG & FUH. Wer hierbei an einen Hongkong-Thriller oder Fernost-James-Bond denkt, wird — wenn er das Spiel zur Hand nimmt — enttäuscht werden. Es handelt sich in der Tat um ein Kampfspiel, bei dem KUNG (= kein uniformierter Normal-Germane) gegen FUH (= Freund und Helfer) antritt. In diesem Spiel, das als Spielplan den Dortmunder Stadtplan zugrundegelegt hat, haben vier bis sechs Bürger das Ziel, das Polizeipräsidium zu besetzen und es in ein freies Jugendheim oder Bildungszentrum umzufunktionieren. Der Polizist dagegen hat die Möglichkeit, durch „Aufdecken von Straftagen“ auf der Beförderungsleiter bis zum Polizeipräsidenten emporzuklimmen. Auf dem Weg dorthin bereiten sich beide Parteien zahlreiche Hindernisse. So kann ein Kung durch die Augenzahl auf dem Würfel auf ein Informationsfeld genötigt werden. Das ist ein Ort, an dem sich FüHe mal daneben benommen haben. Weiß ein Kung, was dort vor sich gegangen ist, so darf er auf dem Feld stehenbleiben, andernfalls muß er eine Informationskarte ziehen, die ihm mitteilt, wo sonst sich FüHe noch daneben benommen haben, und er muß sich dorthin begeben. Der FuH dagegen ist nicht gezwungen, ein Informationsfeld zu betreten, denn sicherlich wird er sich nur ungern an Schandtaten seiner Kollegen (oder an eigene?) erinnern lassen. Dem FuH kann es allerdings passieren, daß sich auf ein Feld, auf dem er bereits steht, ein Kung begibt, der ihm nun eine Polizeitung verkauft. Der FuH kauft diese auf jeden Fall, denn er will ja wissen, ob er auch drinsteht. Das Lesen kostet ihn Zeit, und er muß einmal mit Würfeln aussetzen. Normalerweise ist jedoch der FuH darauf bedacht, einen Kung zu „erwischen“ und ihm eine Mütze anzudrehen, während er selbst die nächsthöhere Karrierekarte dafür erhält (von insgesamt 16 Sprossen der Karriereleiter bis zum Inspektor der Polizei). Es gibt noch Waffenkarten und Hubschrauberkarten für den FuH, während die Kungs noch beim Betreten entsprechender Felder Ereigniskarten ziehen können, aber auch auf Solidaritätsfelder kommen können (bzw. müssen), die der FuH nur betreten darf, wenn gerade kein Kung da ist. Ein Kung darf mit zu vielen ihm angedrehten Polizeimützen und zu wenig verkauften Polizeitungen nicht ins Ziel, kann sich aber auf einem Solidaritätsfeld mit einem Mit-Kung, der ebenfalls dort erscheint, austauschen (wenn dieser will). Die Solidarität der Kungs beschränkt sich allerdings nicht auf die Solidaritätsfelder...

Nun, wir wollen hier nicht ALLES verraten. Wer an dem Spiel interessiert ist, wende sich möglichst an die nächste Polizeibeobachtungs-Initiative, gründe eine solche oder wende sich direkt an die Dortmunder Initiative über: Dortmunder Geschichtswerkstatt, Am Oelpfad 27, 4600 Dortmund 30, Telefon: (0231) 412242. Preis des Spiels: 29 DM + Porto



PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

LÜBECK

„Hände weg vom Streikrecht!“
Veranstaltung der KPD
Mit Video-Film: „DGB — wohin?“
Ort: Buch und Cafe, Große Alte Fähre 4
Zeit: Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr

KONFERENZ

Zur Lage in den Krankenhäusern
Unterstützt von KPD, BWK, GIM und anderen Organisationen des „Beilagenkreises“
Ort: Jugendgästehaus Köln, An der Schanz
Zeit: Samstag, 7. Dezemberg, 11 Uhr

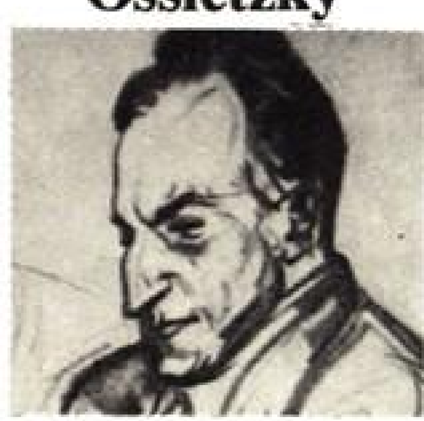
BÜCHERMARKT

W. PIECK

„Da war der Lehrer Huber, der war für den Krieg, für den Krieg/Sprach er vom Alten Fritzen, sah man sein Auge blitzen, aber nie bei Wilhelm Pieck/Da kam die Waschfrau Schmitten, die war gegen Dreck, gegen Dreck/Sie nahm den Lehrer Huber und steckt' ihn in den Zuber und wusch ihn einfach weg ..." So kommt Wilhelm Pieck bei B. Brecht vor — wer mehr erfahren will, Reden und Aufsätze aus den Jahren 1908 bis 1950, dem bieten wir eine zweibändige Werkauswahl an. 1950 in der DDR erschienen, 575 bzw. 608 Seiten, fest eingebunden, der erste Band mit Schutzumschlag, der zweite mit eingeklebten Zeitungsausschnitten aus den fünfziger Jahren. Beide seltenen Bände bei uns zusammen

★ **Nur 12,— DM**

Ossietzky



Aus dem Verlag Das Arsenal Verlag für Kultur und Politik liegt uns eine ausgezeichnete politische Biographie von Carl von Ossietzky vor. Über das Werk von Bruno Frei schrieb Arnold Zweig: „Keine Autobiographie hätte Ossietzky als Gestalt, als Menschen und seinen Hintergrund deutlicher, gewissenhafter und von verborgener Wärme erhellter hinstellen können." Das schöne Buch gibt es bei uns für

★ **Nur 7,50 DM**

ARBEITER-THEATER

Im Jahre 1977 erschien im Henschel Verlag für Kunst und Gesellschaft in der DDR die zweibändige Geschichte des Deutschen Arbeitertheaters von 1918 bis 1933. Auf über 800 Seiten wird dargestellt: Das Arbeitertheater während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 - 1929. Und das Arbeitertheater in der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933. Dazu ein Rückblick und Ausblick, Anmerkungen, Personenregister und Verzeichnis der Truppen, Organisationen und Zeitschriften. Dazu noch: Sprechchöre, Gedichte, Kabarettszenen, Rote Revuen, Stücke, Rezensionen, Artikel, Pressepolemiken, Reden, Polizeiberichte, Gerichtsakten, Protokolle, Aktennotizen, Plakate, Szenenfotos, Programmzettel, Fotomontagen, Zeichnungen, Dokumente. Zu diesen Bänden gibt es noch aus der DDR-**Schriftenreihe zur Theaterwissenschaft** den Band: **Ensembles und Aufführungen des sozialistischen Berufstheaters in Berlin (1929 - 1933)** ebenfalls aus dem Henschel Verlag (über 400 S, Ln, viele Bilder) und alles zusammen zum untheatralischen Preis von ★**Nur 30,— DM**

Links! Links! Links!

Eine wunderschöne Darstellung der revolutionären Begeisterung, der Aufbruchsstimmung, die auch die Kunstschaffenden in der Sowjetunion in den Jahren 1917 bis 1921 erfaßte, enthält das Buch: **Links! Links! Links! Eine Chronik in Vers und Plakat.** Namen wie Lissitzky oder Majakowski stehen für diese Zeit. Das



Buch bietet mit informativem Vorwort in einer reich bebilderten zweisprachigen (Russisch/Deutsch) Ausgabe mit hervorragenden Farbdrucken auf 454 Seiten ein lebendiges, buntes, revolutionäres Bild der Epoche. Großer Leinenband mit Schutzumschlag im Schuber für

★ **Nur 20,— DM**

LIDICE

LIDICE ein böhmisches Dorf, das ist der Titel eines dokumentarischen Bildbandes über das Dorf, dessen Namen die Nazis für immer von der Landkarte löschen wollten, der aber heute zum Inbegriff für faschistische Greueltaten in einem Atemzug mit Auschwitz und Guernica genannt wird. 160 Seiten Bildband mit Texten von Brecht, Drewitz, Heinrich und Thomas Mann und vielen anderen ★ **Nur 10,— DM**

DIMITROFF

„Dimitroff — der Held von Leipzig" — die berühmte Dokumentation des Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig mit Görings Vernehmung und der Schlußrede Dimitroffs sowie anderen Dokumenten gibt es bei uns als Paperback, 141 Seiten mit vielen Bildern für

Nur 2,— DM

STALIN

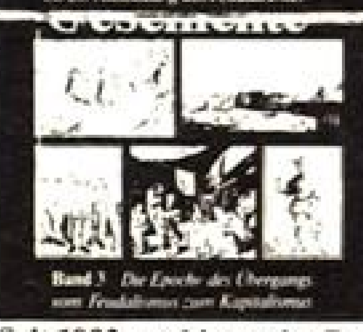
Ein edles Buch: Stalin in Kunstleder mit Goldprägung. Ein dicker Wälzer aus dem Jahre 1947: Verlag für fremdsprachliche Literatur Moskau, J. Stalin, **Fragen des Leninismus.** Dieser voluminöse Band enthält auf über 700 Seiten neben der berühmten Arbeit Über die Grundlagen des Leninismus noch viele Artikel bis hin zum Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B) von 1939. Seltenes Liebhaberstück für ★**Nur 12,— DM**

Der Bücherbote kommt ins Schwitzen: es sind zwar nicht ganz 2001 Angebote, aber eine Wohltat für jeden Bücherwurm, was der RM hier anbieten kann. Aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben unseres Archives, aus Restauflagen und modernem Antiquariat haben wir einen Bücherkorb zusammengestellt, in dem eigentlich jeder was Interessantes finden müßte. Der große Reibach wird mit diesem Angebot nicht gemacht — die Erlöse dieser Aktion fließen ausschließlich der Partei zu — eine Spende gegen dicke, voluminöse, bunte, große, theoretische oder antiquarische Spendenquittungen — die Lesevergnügen bereiten. Und aufgepaßt: dies ist erst der dritte Korb, wir haben noch viel mehr auf Lager.

Unser Top-Angebot

DEUTSCHE GESCHICHTE







Seit 1982 erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag Köln nach und nach einzelne Bände einer auf zwölf Bände angelegten Deutschen Geschichte. Bislang sind die ersten vier Bände raus. Sie umfassen den Zeitraum bis 1871. Ein ausgezeichnete materialistische Geschichtswerk, daß sich sowohl an Historiker als auch an breites Publikum wendet. Jeder der großformatigen Bände Leinen (27.5/21) ist reichhaltig ausgestattet, enthält schwarz-weiße und farbige Abbildungen, Faximiles, Karten, Skizzen, Tafeln und andere Abbildungen. Jeder Band mit Lesebändchen und Literatur- und Quellenbelegen, ergänzenden Literaturhinweisen, Texterläuterungen und Personenregister.

Im einzelnen: Bd 1: Von den Anfängen bis zur Ausbildung des Feudalismus (531 S.) Bd. 2: Die entfaltete Feudalgesellschaft Bd. 3: Die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871. Subskriptionspreis: pro Band 48,— DM, späterer Preis 64,— DM pro Band. Bei uns alle vier zusammen (6,6 kg!) Nur 150,— DM

Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge,** sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.

Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

Viel Kunst

Ein großformatiger Bildband mit ausführlichem Textteil zum Thema **„Kunst und Öffentlichkeit"** vom Elefanten Press Verlag in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Bildende Künste (IGBK) herausgegeben, informiert in Wort und Bild über: Kunst und Kunstpolitik — Kunst am Bau — Kunst in den Medien — Kunst in Drogentherapien — Kunst im Betrieb — Kunst und Gesellschaft. Das kritische, informative Werk 30 x 21 cm) hat 340 Seiten, ist 1980 verlegt worden und kann vom Interessierten bestellt werden für

★ **Nur 15,— DM**

RARITÄT



Auf Beschluß des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees erschien 1922 zur Feuer des fünfjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution das Buch: „Fünf Jahre Sowjetherrschaft". Dieses in den zwanziger Jahren auch in Deutschland erschienene Buch ist eine politische und bibliophile Rarität. Ausführliche Darstellungen der jungen Geschichte Sowjetrußlands und Berichte aller staatlichen und politischen Stellen geben ein dichtes Bild der ersten fünf roten Jahre.

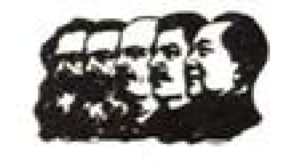
Das großformatige Buch (33/26/5 cm) ist ein typografisches Meisterwerk, enthält wunderschöne Grafiken, Vignetten, eingeklebte Fotos von Lenin, Swerdloff und Kalinen, Bilderseiten, Tabellen, Statistiken. Der 570 Seiten starke Band ist fachmännisch restauriert und kostet

★ Nur 75,— DM

GEGEN GEBOT



In dieser Woche gibt es was ganz Besonderes in dieser Rubrik: Neun Ausgaben des „Ur"-RMs im Original. Einige Exemplare der im DIN-A-4-Format erschienenen ersten Ausgaben unserer Zeitung. Mehrfachexemplare aus dem Archiv. Im einzelnen: Die Ausgaben aus dem 1. Jahrgang: Nr. 3/4 Sept./Okt. 1967(!), die Februar-, März- und September-Ausgabe von 1968 (zu Prag!), die Nr., die über die KPD/ML-Gründung berichtet vom Dez. 68/ Jan. 69, die April- und September-Ausgabe von '69 (Septemberstreiks!), die Dezember-Ausgabe von '69 und die Mai-Ausgabe 1970, eine der letzten kleinen Ausgaben. Alle neun historischen RMs zusammen kann bekommen, wer mindestens ★50,— DM bietet.



Von drei Ausgaben kann man noch Einzelausgaben ergattern: Zum einen die Ausgabe vom Jahreswechsel 68/69 mit der Schlagzeile **„Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet.** Von der April-Ausgabe '69 mit dem Bericht über den IX. Parteitag der KP Chinas und von der September-Ausgabe 1969 mit dem Aufmacher zu den Septemberstreiks: **„Jetzt spricht die Arbeiterklasse".** Gebote für diese Einzelexemplare: ab 5,— DM. ★

Wer also an den seltenen neun oder den genannten Einzelexemplaren interessiert ist, ruft schnell den Verlag an, gibt sein Gebot ab und hinterläßt die Versandadresse.

FEUERBACH PAKET

Sechs Bände von **Feuerbach** bietet unser Feuerbach-Paket. Zum Kennenlernen und Auseinandersetzen mit dem Philosophen bieten wir an: Ludwig Feuerbach, **Anthropologischer Materialismus** — Ausgewählte Schriften Bd. I und II. Paperbackausgabe der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt und des Europa Verlags Wien 1967. (Zusammen 520 Seiten). Dazu: Aus der DDR L. Feuerbach, **Kleinere Schriften,** ebenfalls zwei Bände, Leinen mit Schutzumschlag 444 und 340 Seiten, Akademie Verlag 1969/70) und noch aus der Theorie-Werkausgabe Feuerbachs aus dem Suhrkamp Verlag von 1975 die beiden Paperbacks **Kritiken und Abhandlungen 1839 - 1843** und **Kritiken und Abhandlungen 1844 - 1866.** (Zus. 876 Seiten). Ein starkes Stück Philosophie, 6 Bände, 2180 Seiten für

★ **Nur 30,— DM**

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107. Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald,** Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474